

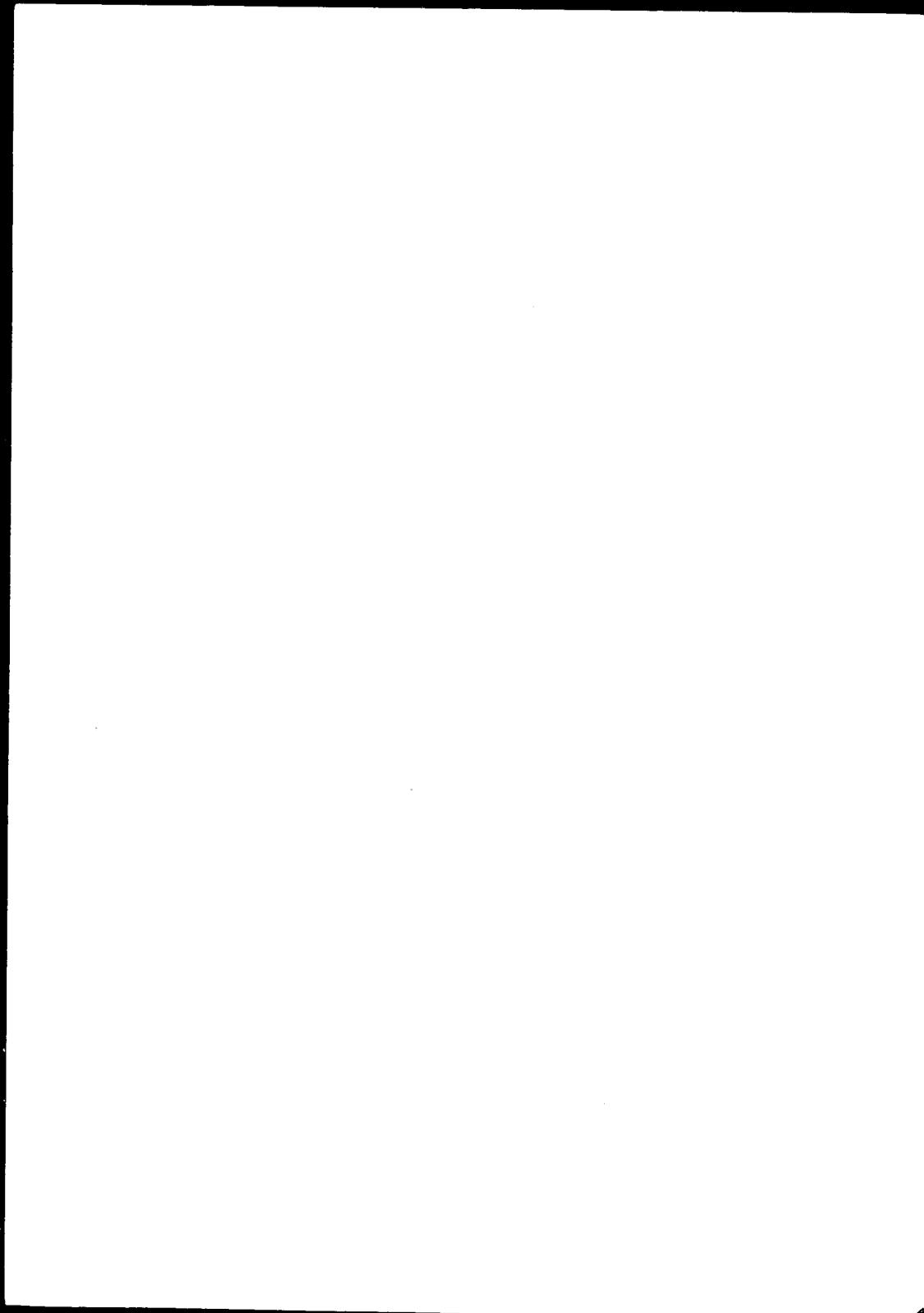


SPD

RHEINLAND-PFALZ

A 97 - 08212

**Arbeitsprogramm
für Rheinland-Pfalz
1979-1983**



ARBEITSPROGRAMM
FÜR SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK
IN RHEINLAND-PFALZ
1979 — 1983

Beschlossen vom außerordentlichen
Landesparteitag am 25.11.1978

A 97 - 08212





I N H A L T S Ü B E R S I C H T

	<u>Seite:</u>
<u>DER STAAT GEHÖRT DEM BÜRGER</u>	1
(A) <u>WIR HABEN VIEL GELEISTET - ES GIBT NOCH VIEL ZU TUN</u>	3
1. Unser Land muß weiter aufholen	3
2. Parteien müssen nach vorne blicken	5
(B) <u>WAS ZU TUN IST</u>	9
1. Wirtschaftliche Grundlagen sichern - natür- liche Umwelt schützen	9
1.1 <u>Wirtschafts- und Strukturpolitik</u>	9
1.1.1 Konzentration der Förderungspolitik - Es geht auch um den Wohnwert der Regionen	9
1.1.2 Befreiung von Grunderwerbsteuer	10
1.1.3 Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft soll aktive Anwerbung von Arbeitsplätzen be- treiben	10
1.1.4 Mißbrauch von Investitionsförderung verhindern	11
1.1.5 Aktive Unterstützung von Zukunftsindustrien (Beispiel VFW/Fokker)	11
1.1.6 Fremdenverkehr stützen - Steuerbenach- teiligungen beseitigen, Fachschulen für den Nachwuchs, verstärkte Fremdenverkehrs- werbung	12
1.1.7 Neue Merkmale der Gründungshilfe für kleine Unternehmen: gemeinsamer Risikofonds	14

	<u>Seite:</u>
1.1.8 Kartellrechte gegen immer größere Konzentration der Unternehmen. Einzelhandelsgeschäfte: Sicherung der Versorgung auf dem Lande	14
1.2 <u>Landwirtschaft und Weinbau</u>	15
1.2.1 Verstärkter Kontakt mit der europäischen Kommission in Brüssel	16
1.2.2 Landwirtschaftspolitik muß natürliche Standortnachteile ausgleichen und Beratung verstärken	17
1.2.3 Weinbau: Qualität ist das Ziel	17
1.2.4 Bei der Planung nicht die Fachleute übergehen: Erneute Beratung des Weinbauplans	17
1.2.5 Verschärfte Qualitätskontrolle: bei Importen - aber auch bei uns	18
1.2.6 Anbaubeschränkung im Qualitätsinteresse durchsetzen: In Europa - aber auch bei uns	18
1.2.7 Strukturhilfen für schwierige Anbauflächen	18
1.2.8 Gegen ständige Neuerungen im Weinrecht	19
1.2.9 Über Einkommen und soziale Sicherung hinaus: Versorgung der ländlichen Räume	19
1.3 <u>Umweltschutz</u>	20
1.3.1 Höhere Beteiligung des Landes an Kanalisation und Kläranlagen. Schärfere Kontrolle der Industrieabwässer	20
1.3.2 Überregionale Planung der Trinkwasserversorgung: eine versäumte Landesaufgabe	21
1.3.3 Lärmbelästigung eindämmen Umgehungsstraßen bauen Fluglärm	21
1.3.4 Umweltschützer hören - ihren Sachverstand nutzen	22

	<u>Seite:</u>
1.4 <u>Energiepolitik</u>	22
1.4.1 Verstärkte Förderung des Einsatzes von Erdgas	23
1.4.2 Kohlekraftwerke haben Vorrang	23
1.4.3 Kleinere Kraftwerke sollen eine Chance behalten	24
1.4.4 Standortplanung durch das Parlament	24
1.5 <u>Verkehrspolitik</u>	24
1.5.1 Regionale Verkehrsverbünde fördern	25
1.5.2 Autobahnnetz vervollständigen Neuer Schwerpunkt: Umgehungsstraßen	26
1.5.3 Ausbau der Landesstraßen: Sparsam und doch Überholsicher	27
2. <u>Recht auf Arbeit - Recht auf Bildung</u>	28
2.1 <u>Vollbeschäftigung und Wirtschaftspolitik</u>	28
2.1.1 Mitwirkung der betroffenen Arbeitnehmer am Strukturwandel	29
2.1.2 Arbeitsplätze in der privaten Wirtschaft fördern	30
2.1.3 Ausbau eines leistungsfähigen öffentlichen Dienstes: Schule, Polizei, Gesundheit. Dadurch noch mehr Arbeitsplätze	31
2.1.4 Nebentätigkeiten von Beamten einschränken	31
2.1.5 Arbeitszeitverkürzung wird notwendig: Aufgabe der Tarifparteien	32
2.1.6 Besondere Aufmerksamkeit für Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen, Frauen, Behinderten und älteren Arbeitnehmern	33

	<u>Seite:</u>
2.2. <u>Schule, Ausbildung, Berufsbeginn</u>	35
2.2.1 Lehrer zu den Schülern, nicht Schüler zu den Lehrern transportieren Kleinere Busse - kürzere Strecken	38
2.2.2 Länger zusammen zur Schule gehen Gesamtschule bleibt das Ziel	38
2.2.3 Ganztagsschule schrittweise ausbauen	40
2.2.4 Hauptschule wirklich gleichberechtigt machen	40
2.2.5 Alle sollen mindesten 10 Bildungsjahre haben: Schulmüdigkeit ist Versagen der Schulpolitik und nicht der Kinder	41
2.2.6 Auf längere Frist: alle sollen mindestens bis 18 lernen	41
2.2.7 Lernmittelfreiheit wird eingeführt	42
2.2.8 Den Ärger immer neuer und ständig wechselnder Schulbücher abschaffen	42
2.2.9 Gute Berufsbildung - Voraussetzung für unsere Wettbewerbsfähigkeit	42
2.2.10 Ausweitung des Lehrstellenangebots	43
2.2.11 Gerechtere Verteilung Ausbildungskosten: Kleinere Betriebe entlasten	44
2.2.12 Ausbau überbetrieblicher Lehrwerkstätten besonders in benachteiligten Regionen	44
2.2.13 Die Lücke an betrieblichen Ausbildungs- plätzen durch Berufsfachschulen schliessen	45
2.2.14 Besondere Hilfen für Hauptschüler ohne Abschluß, Sonderschüler und Behinderte	45
2.2.15 Gleichstellung der Fachschulabschlüsse mit Gehilfen- und Gesellenprüfung	45

	<u>Seite:</u>
2.2.16 Studienplätze schaffen - aber auch die Wahrheit über Berufschancen sagen	45
2.2.17 Hochschulkapazitäten besser nutzen. Studienzeiten verkürzen	46
2.2.18 Praktische Berufsberatung verbessern	46
2.2.19 Weiterbildung, Bildungsurlaub	49
3. <u>Humanisierung der Arbeitswelt</u>	50
3.1 Schichtarbeit abbauen	50
3.2 Gewerbeaufsicht stärken	51
3.3 Übergänge im Strukturwandel für Arbeitnehmer erleichtern	51
3.4 Kündigungsschutz verbessern: Beweislast für soziale Begründung muß beim Arbeitgeber liegen	51
3.5 Keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen	51
3.6 Büro für die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau	52
4. <u>Familie, Gesundheit, Freizeit</u>	53
4.1 Mehr Zeit der Eltern für kleine Kinder	54
4.2 Die Tagesmutter ist Hilfe und kein Familienfeind	55
4.3 Ganztägige Kindergärten nach Bedarf - kürzere Transportwege	55
4.4 Berufliche Rücksichtnahme auf die Erziehungsaufgabe alleinstehender Eltern	55

	<u>Seite:</u>
4.5 Einkommensgrenze für Elterndarlehen - schon für das erste Kind	56
4.6 Wohnungsbau: Nachholbedarf für größere Familien	56
4.7 Erholungsmöglichkeiten größerer Familien besonders in der Fremdenverkehrsförderung berücksichtigen	56
4.8 Ausbau der Erziehungs- und Drogenberatung	56
4.9 Verbraucherschutz	57
4.10 Ausländische Mitbürger besser integrieren	57
4.11 Die ärztliche Versorgung muß insbesondere auf dem Lande verbessert werden	57
4.12 Niederlassung von Fachärzten auf dem Lande ermöglichen	58
4.13 Ausbau des Notarztsystems und des Rettungsdienstes	59
4.14 Überarbeitung des Krankenhauszielplanes	59
4.15 Öffentlicher Gesundheitsdienst: Verstärkung der vorbeugenden Aufklärung	60
4.16 Unterstützung der kostenbegrenzenden Maßnahmen der Bundesregierung	60
4.17 Von der Sozialstation zum Sozialzentrum	60
4.18 Ausbau von Altenheimen für selbständige Lebensführung der älteren Mitmenschen	61
4.19 Die Erfahrung der älteren Mitbürger für unsere Gesellschaft erhalten	61
4.20 Beim Bauen die Behinderten berücksichtigen	61
4.21 Landesbeauftragter für Behinderte	62

	<u>Seite:</u>
4.22 <u>Freizeit und Sport</u>	62
4.23 Auch Vereinsanlagen ins Landes- sportgesetz einbeziehen	62
4.24 Schulsport verbessern - die Berufs- schüler werden nicht vergessen	63
4.25 Behinderte brauchen Sonderprogramme im Sport	63
5. <u>Kommunal- und Kulturpolitik</u>	64
5.1 <u>Kommunalpolitik</u>	64
5.1.1 Gemeinden werden an Landesgesetz- gebung beteiligt: Kommunalrat	64
5.1.2 Landrat: nicht vom Staat ernennen, sondern vom Kreistag wählen	65
5.1.3 Eigenverantwortung der Gemeinden stärken: Finanzausgleich	65
5.1.4 Bestand der Ortsgemeinde sichern	65
5.1.5 Ein Programm für den Bau von Bürgerhäusern	65
5.1.6 Probleme der Ballungsräume lösen	66
5.1.7 Verweis auf das Kommunalpolitische Programm	66
5.2 <u>Kulturpolitik</u>	66
5.2.1 Alle Regionen in der Kulturpolitik berücksichtigen	66
5.2.2 Ausbau regionaler Museen	66
5.2.3 Erhaltung und Renovierung wichtiger Traditionsstätten	67
5.2.4 Eine Chance für den guten Film auf dem Lande	67

	<u>Seite:</u>
6. <u>Persönliche Freiheit sichern und ausbauen</u>	68
6.1 <u>Bürokratie</u>	68
6.1.1 Der Bürger ist kein Behördenbote	69
6.1.2 Formulare für alle Bürger verständlich machen	69
6.1.3 Behördenöffnungszeiten ändern	69
6.1.4 Verwaltungsvorschriften vereinfachen	70
6.1.5 Verantwortung im Kampf gegen Bürokratismus in der Staatskanzlei	70
6.2 <u>Datenschutz</u>	70
6.2.1 Datenschutzbeauftragter des Landes	70
6.3 <u>Pressefreiheit</u>	71
6.4 <u>Gegen Schnüffelei: Verfassungsgemäße Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst</u>	71
6.4.1 Von Verfassungstreue des Bürgers ausgehen: Keine Regelüberprüfung bei allen Bewerbern	72
6.4.2 Arbeit des Verfassungsschutzes nicht in den Schulen	72
6.5 <u>Kriminalität</u>	72
6.5.1 Genug Polizeibeamte einstellen	73
6.5.2 Der schützende Polizeibeamte muß schnell zur Verfügung stehen: Zentralisation und Technik nicht übertreiben	73
6.6 <u>Terrorismus</u>	73
6.7 <u>Verfassungsschutz</u>	74

	<u>Seite:</u>
7. <u>Rheinland-Pfalz im Bundesrat</u>	75
7.1 <u>Bundesrat und Innenpolitik</u>	75
7.1.1 Echte Landesinteressen im Bundesrat vertreten: Keine Blockade der Bundesregierung	76
7.2 <u>Bundesrat mitverantwortlich für Friedens- und Entspannungspolitik</u>	77
7.2.1 Klare Unterstützung der Friedenspolitik	78
7.2.2 Vorrang Abrüstung	79
7.2.3 Menschenrechte: Hilfe für den einzelnen Menschen	79



DER STAAT GEHÖRT DEM BÜRGER

Politischer Sachverstand ist nicht von Parteien und Politikern gepachtet. In unserer komplizierten Welt übersieht der Einzelne nur noch Teile des Ganzen. Sachverstand und Erfahrung sind breit gestreut: Bei Arbeitern, Angestellten, Beamten und Hausfrauen; bei Kaufleuten, Landwirten, Winzern und Handwerkern; bei Wissenschaftlern und Künstlern, bei Technikern und Geistlichen; bei Ärzten, Krankenschwestern, Pflegern und Patienten; bei Eltern, Lehrern und Auszubildenden; bei Rentnern und Jugendlichen. Kein Politiker und keine Partei kann ohne den Sachverstand der Bürger vernünftige Politik machen.

Alle Staaten der Welt stehen vor neuen Problemen. Auch die Bundesrepublik Deutschland. Die Bürger wissen, daß es für diese Probleme keine Patentlösungen gibt. Sie erwarten deswegen, daß Politiker und Parteien zu den Problemen, die sie bewegen und bedrücken, klar und deutlich Stellung nehmen. Antworten der Politiker auf Fragen der Bürger müssen eindeutig sein, sonst verlieren Wahlen ihren Sinn.

In den letzten Jahren haben zwar Konfrontation, Polemik und gegenseitige Beschuldigungen der Parteien zugenommen, aber die sachlichen Meinungsverschiedenheiten wurden oft verwischt. Die Sprache der Politik droht zur unverständlichen Fachsprache zu werden. Mit vielen Worten, Versprechungen und Gemeinplätzen wird manchmal mehr verdeckt als gesagt. Dies gilt auch für viele Wahlprogramme.

Die SPD Rheinland-Pfalz versucht, mit dem Arbeitsprogramm 1979 - 1983 einen neuen Anfang zu machen.

Sie vertraut auf die Urteilskraft der Bürger. Sie weiß auch, daß die Bürger gerade unseres Landes reinen Wein lieben - und diesen übrigens auch am besten vertragen.

Das Arbeitsprogramm 1979 - 1983 ist deswegen kein Wahlprogramm im üblichen Sinne. Es gründet auf dem Godesberger Programm der SPD von 1959, aber es wiederholt nicht alle Grundsätze der SPD, die dem Wähler aus der Praxis der Politik und aus zahlreichen Verlautbarungen bekannt sind. Das

Arbeitsprogramm 1979 - 1983 unterstreicht die Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik für die Landtagswahlperiode 1979/83 und hebt hervor, was unter sozialdemokratischer Führung anders gemacht werden wird.

Offene Bürgerdiskussionen auf Parteikonferenzen haben es möglich gemacht, auch Sachverstand der Bürger in das Arbeitsprogramm einzubringen. Die SPD Rheinland-Pfalz hofft, daß diese Diskussion mit dem Bürger auch nach Verabschiedung des Arbeitsprogramms fortgeführt werden kann. Denn politische Ziele und Maßnahmen müssen im Gespräch mit den Bürgern immer wieder überprüft werden.

Die SPD Rheinland-Pfalz hat ihr Arbeitsprogramm 1979 - 1983 mit den Bürgern erarbeitet. Sie wird es für die Bürger durchsetzen.

A WIR HABEN VIEL GELEISTET - ES GIBT
NOCH VIEL ZU TUN

Die SPD in Rheinland-Pfalz legt dem Arbeitsprogramm 1979 - 1983 folgende Lagebeurteilung zugrunde:

1. Unser Land muß weiter aufholen

Die Bundesrepublik Deutschland hat seit 1949 beachtlichen Wohlstand entwickelt. Große soziale und kulturelle Leistungen sind möglich geworden. An dieser Entwicklung nehmen alle Bundesländer teil. Auch unser Land Rheinland-Pfalz.

Wiederaufbau und Wohlstand sind eine Leistung aller Bürger. Politiker aller Parteien haben hierzu beigetragen. Auch CDU-Politikern in Rheinland-Pfalz soll Engagement nicht bestritten werden. Aber Selbstzufriedenheit, wie sie Landesregierung und CDU in Rheinland-Pfalz heute verbreiten, ist unbegründet. Unser Land hat trotz harter Arbeit den Anschluß an die übrigen Bundesländer in vielen Bereichen noch nicht gefunden.

Die vor uns liegende Arbeit wird unter erschwerten Bedingungen zu leisten sein. Denn auch die Bundesrepublik Deutschland hat mit Arbeitslosigkeit und anderen Folgen des tiefgreifenden Strukturwandels der Weltwirtschaft zu kämpfen. Schon die Erhaltung des bereits Erreichten wird deshalb nicht immer einfach sein.

Aber auch veränderte soziale Bedingungen erschweren die notwendige Weiterentwicklung unseres Landes. So werden wir beispielsweise zukünftig einen größeren Anteil von älteren Menschen haben, und die Kluft zwischen Berufsqualifikation und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt wird wachsen.

Schließlich wird die Bundesrepublik Deutschland, wie alle anderen Industriestaaten, der Herausforderung einer wirtschaftlich schwachen aber politisch erstarkenden Mehrheit der Weltbevölkerung in den Entwicklungsländern begegnen. Die Erhaltung des Friedens in einer aufrüstenden und konfliktgeladenen Welt wird unsere politischen und wirtschaftlichen Kräfte zunehmend beanspruchen.

2. Parteien müssen nach vorne blicken

Parteien bestehen aus Menschen; keine Partei ist vollkommen. Die SPD war jedoch immer bestrebt, soziale Ungerechtigkeiten zu erkennen, Veränderungen der Gesellschaft zu verstehen und Probleme rechtzeitig durch Reformen zu lösen. Mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit, mehr Sicherheit und mehr Demokratie waren seit jeher die Angelpunkte sozialdemokratischer Politik. Über 115 Jahre sozialdemokratische Geschichte beweisen dies. Der Kampf um den 8-Stunden-Tag ist hier ebenso ein Beispiel, wie die Forderungen nach den Vereinigten Staaten von Europa im Heidelberger Programm der SPD von 1925.

Die konservative CDU glaubt, den neuen Problemen am besten mit alten Rezepten beikommen zu können. Sie ist damit im Bund bereits 1966 wirtschaftspolitisch und außenpolitisch gescheitert. Ludwig Erhard mußte zurücktreten. Sozialdemokraten übernahmen die wichtigen Ämter der Außen- und Wirtschaftspolitik.

Auch im Lande Rheinland-Pfalz beweisen zum Beispiel unverhältnismäßig große Verluste an Arbeitsplätzen das Scheitern der regionalen Strukturpolitik der Landesregierung, ebenso wie die Krise in Schulen und Berufsausbildung die Notwendigkeit von Reformen erkennbar macht. Aber die CDU bleibt in Bund und Ländern uneinsichtig. Sie erkennt nicht, daß neue Fragen auch neue Antworten fordern. Sie versucht sogar, eine offene Diskussion über die Zukunft dadurch einzuengen, daß sie

unkritische Anpassung mit besseren Berufschancen belohnt.

Die CDU/CSU führt so in Bund und Ländern seit 1969 einen rücksichtslosen Machtkampf gegen SPD und FDP, obwohl sozialliberale Bundesregierungen unter sozialdemokratischer Führung von Willy Brandt und Helmut Schmidt die demokratischen Freiheiten ausgebaut, einen gerechteren Wohlstand geschaffen und den Frieden sicherer gemacht haben.

Wer Neuland betritt, macht auch neue Erfahrungen. Reformpolitik muß immer wieder an diesen Erfahrungen überprüft und auch korrigiert werden. Niemand bestreitet, daß auch Sozialdemokraten Fehler machen. Wer Problemen nicht ausweicht und Lösungen sucht, kann auch irren. Aber die grundsätzliche Richtigkeit sozialdemokratischer Reformpolitik nach innen sowie sozialdemokratischer Versöhnungspolitik und Friedenspolitik nach außen ist heute durch die politischen Erfolge bewiesen.

Kein westliches Industrieland kann auf eine so erfolgreiche Wirtschaftspolitik verweisen, wie die Bundesrepublik Deutschland. Kaum ein anderes Industrieland erreicht unser Maß an sozialer Stabilität. Kein Staat hat im vergangenen Jahrzehnt für die Aussöhnung mit seinen Nachbarn und für die weltweite Entspannungspolitik wichtigere Beiträge geleistet, als die Bundesrepublik Deutschland.

Dies ist heute international anerkannt. Bundeskanzler Helmut Schmidt gilt weltweit als ein Fachmann der Wirtschaftspolitik. Er

wird aber auch in der Fortführung der Friedenspolitik Willy Brandts respektiert.

Die CDU hat sich dieser Politik seit 1969 in allen wesentlichen Schritten fast immer entgegengestemmt. Die CDU wollte zum Beispiel weder eine Stärkung der Rechte der Betriebs- und Personalräte, noch eine erweiterte Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten. Sie wollte keine Absicherung der Mieter gegen willkürliche Kündigung. Sie hat sich der Gleichberechtigung der Frauen im Eherecht ebenso entgegengestemmt, wie einer Versorgung der Jugendlichen mit Berufsfachschulen, wenn Ausbildungsplätze in der Wirtschaft nicht ausreichend bereitstehen. Die CDU muß auch heute noch von der SPD in Fragen sozialer Gerechtigkeit ebenso mühsam mitgeschleppt werden wie dort, wo es um den historischen Ausgleich zwischen Ost und West oder Nord und Süd geht.

Diese CDU/CSU-Positionen werden nicht nur im Bundestag, sondern auch im Bundesrat und in den Landtagen vertreten. Auch die CDU-Regierungen des Landes Rheinland-Pfalz haben nachweislich gegen die soziale Reformpolitik und gegen die Versöhnungs- und Friedenspolitik entschieden. Bernhard Vogel stellt sich im Wahlkampf und im Bundesrat ohne Wenn und Aber an die Seite von Strauß und Dregger.

In Rheinland-Pfalz hatte sozialdemokratische Politik angesichts der Mehrheit der CDU im Landtag kaum eine Chance zur Durchsetzung.

Die SPD-Landtagsfraktion hat in schwerer Oppositionsrolle versucht, die Landesregierung zu sozialer Reformpolitik und zur Unterstützung der Friedenspolitik zu bewegen. Sie war bemüht, die CDU-Landesregierung daran zu hindern, im Bundesrat eine parteitaktische Blockadepolitik gegen die Regierungen Brandt und Schmidt zu führen.

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird die Linie der SPD Rheinland-Pfalz gradlinig weiterführen. Sie wird die bisherige Regierungspolitik entsprechend den Grundsätzen der SPD und dem Arbeitsprogramm 1979 - 1983 mit Behutsamkeit und Erfahrung ändern, korrigieren und verbessern.

Ein Wechsel der Regierungsverantwortung in Mainz wird die notwendigen Veränderungen, aber keinen abrupten Kurswechsel bringen.

(B) WAS ZU TUN IST

1. Wirtschaftliche Grundlagen sichern -
natürliche Umwelt schützen

Das machen wir anders:

Rheinland-Pfalz hat seit 1971 durch den Strukturwandel rund 47.000 industrielle Arbeitsplätze verloren. Wirtschafts- und Strukturpolitik der Landesregierung waren unzureichend.

Unser Land bleibt auch in den kommenden Jahren insofern besonders gefährdet, als gerade schwach entwickelte Regionen bei geringem Wachstum ohne entsprechende Strukturpolitik kaum Chancen haben, ihre Benachteiligung auszugleichen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deswegen folgende Veränderungen einführen:

1.1 Wirtschafts- und Strukturpolitik

Statt der Gießkanne:
Schwerpunktförderung

1.1.1 In der Förderungspolitik des Landes wird heute gekleckert, nicht geklotzt. Besonders in Gebieten mit erheblichen Standortnachteilen reichen die Fördermittel häufig nicht aus, um dort Investitionen zu bewirken. Die Finanzmittel für die Regionalförderung sind daher zu konzentrieren. Jede Selbsthilfe der mittelständischen Wirtschaft, wie z.B. Kooperation und die Gründung von Genossenschaften wird in geeigneter Weise gefördert.

Durch öffentliche Investitionen (Schulen, Berufsbildung, Freizeit usw.) die Anziehungskraft der ländlichen Räume erhöhen

Erfolgreiche Betriebsansiedlungen sind heute in den benachteiligten Regionen nur noch möglich, wenn die geförderten Orte insgesamt durch öffentliche Investitionen attraktiver werden. Dabei geht es neben der Ausweisung von Industriegelände, von Verkehrs- und

Das machen wir anders:

Versorgungsanschlüssen insbesondere auch um den allgemeinen Wohnwert der Förderschwerpunkte.

Wenn es nicht gelingt, die Versorgung der benachteiligten Regionen mit Schulen, Ausbildungsplätzen, kulturellen Einrichtungen und Freizeitangeboten so auszustatten, daß dort eine besondere Attraktivität für neue Betriebe entsteht, muß jede regionale Strukturpolitik scheitern.

Befreiung von der
Grunderwerbssteuer

- 1.1.2 Im Rahmen der Regionalpolitik wird im Zusammenhang mit der Betriebsansiedlung die Befreiung von der Grunderwerbssteuer möglich gemacht. Dies haben alle anderen Bundesländer bereits getan, in denen die regionale Strukturpolitik als Gemeinschaftsaufgabe betrieben wird.

Die Wirtschafts-
förderungsgesellschaft
zur aktiven Anwerbung
von Betrieben und Arbeitsplätzen befähigen

- 1.1.3 Die Aufgabe der Betriebsansiedlung kann nicht einer Verwaltungsbehörde überlassen bleiben. Rheinland-Pfalz hat zwar eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft, diese ist aber völlig unzweckmäßig organisiert. Aufbau und personelle Ausstattung gehen von der falschen Vorstellung aus, daß eine rege Nachfrage nach Standorten für neue Betriebe in Rheinland-Pfalz besteht, die nur an die einzelnen Gemeinden verwiesen werden müssen. Aufgabe der Regionalpolitik ist aber heute die Anwerbung und das Aufspüren von Interessenten geworden. Hierfür gibt es weder im Wirtschaftsministerium noch in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft die notwendigen Voraussetzungen.

Das machen wir anders:

Eine SPD-geführte Landesregierung wird unverzüglich die Organisation und Ausstattung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft u.a. in folgenden Punkten ändern:

Zuständigkeit für die Vorhaltung von Industriegelände in wichtigen Förderschwerpunkten;
Befugnis der Entwicklung von Industrieparks für Förderschwerpunkte;
Beteiligung am Entscheidungsprozeß mit den Ministerien bei der staatlichen Mitfinanzierung von Betriebsansiedlungen und Betriebs-erweiterungen;
Erfassung aller im Lande zum Verkauf oder zur Verpachtung stehenden Fabrikationsanlagen;
Vermehrung des Fachpersonals und Schulung zur Betriebsanwerbung.

Mißbrauch der Investitionsförderung verhindern

1.1.4 Betriebe, die öffentliche Mittel für die Förderung der Ansiedlung erhalten, müssen zusichern, daß sie die Mittel für die Schaffung einer möglichst großen Zahl von dauerhaften Arbeitsplätzen in der Region einsetzen. Die Vergabe von öffentlichen Mitteln für die Schaffung von Arbeitsplätzen lediglich auf Zeit, wird durch konkrete und klar gefaßte Vorschriften, u.a. durch ausreichende Bindungsfristen, verhindert werden.

Aktive Wirtschaftspolitik: an Zukunftsindustrie beteiligen

1.1.5 Das Beispiel VFW / Fokker in Speyer zeigt, daß doktrinäre Haltung gegenüber staatlicher Beteiligung am Schicksal von Privatunternehmen heute nicht mehr am Platze ist.

Das machen wir anders:

Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich nicht nur am Programm zur dauerhaften Erhaltung der Arbeitsplätze des Unternehmens VFW/Fokker in Speyer mit finanziellen Mitteln beteiligen. Sie wird endlich auch ein aktiver und sachkundiger Verhandlungspartner des Unternehmens sein, in dessen Zuständigkeit allein die Entscheidung für die regionale Verteilung der Projekte fällt.

Bisher hat die bessere und aktivere Landesregierung in Bremen ihre Interessen weitgehend durchgesetzt. Nur eine aktive Landesregierung in Mainz kann dafür sorgen, daß auch der für den Ausbau der Luftfahrtindustrie günstige Standort Speyer gesichert bleibt.

- 1.1.6 Angesichts der hohen Industriekapazitäten in der Bundesrepublik Deutschland kann Rheinland-Pfalz nicht erwarten, auf dem industriellen Sektor heute noch früher versäumte Entwicklungen voll nachzuholen. Der Fremdenverkehr ist weltweit eine Wachstumsbranche. Die Entwicklung des Fremdenverkehrs ist aber bei uns immer noch unzureichend; Rheinland-Pfalz hat zum Beispiel unter den Bundesländern eine besonders ungünstige Auslastung der Übernachtungskapazität. Rheinland-Pfalz muß seine landschaftliche Schönheit, seine guten klimatischen Bedingungen, Wald und Weinbau deswegen verstärkt für die Schaffung von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehr einsetzen.
- Neue Unternehmen im
Fremdenverkehr; Wett-
bewerbsgleichheit und
Abschaffung der Schank-
erlaubnissteuer

Das machen wir anders:

Der Ausbau der Gastronomie ist eine wichtige Voraussetzung für den rheinland-pfälzischen Fremdenverkehr. Angesichts der hohen Qualität unseres Weines erscheint dies auch aussichtsreich. Die Gründung kleinerer und mittlerer Unternehmen muß gerade in diesem Wirtschaftssektor erleichtert werden.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird deswegen die Abschaffung der Schankerlaubnissteuer beschließen. Sie wird sich dafür einsetzen, daß steuerliche Benachteiligungen der deutschen Fremdenverkehrswirtschaft gegenüber dem europäischen Ausland beseitigt werden.

Ausbau von Gaststätten-
und Hotel-Fachschulen

Wir werden ferner die Ausbildung des Nachwuchses im Hotel- und Gaststättengewerbe wirkungsvoll unterstützen. Die Gaststätten-Fachschule ist durch eine Hotel-Fachschule zu ergänzen.

Praktische Hilfen für
den Fremdenverkehr und
seine Betriebe: Werbung
und Fremdenverkehrs-
führer

Rheinland-Pfalz hat nicht die natürlichen Fremdenverkehrsvorteile z.B. der bayrischen Alpen oder der Nord- und Ostseestrände. Unsere besonderen Chancen liegen aber in der Verbindung von Weinbau, Gastronomie, Kurquellen und den Wäldern. Dies ist jenseits der Landesgrenzen noch zu wenig bekannt. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deswegen auch dafür sorgen, daß durch einen übersichtlichen Fremdenverkehrsführer für das ganze Land und durch die Selbstdarstellung des Landes im In- und Ausland die Fremdenverkehrswerbung spürbar verbessert wird. Die Zusammenarbeit mit der Deutschen Zentrale für Tourismus wird enger werden.

Das machen wir anders:

Risikofonds für neue selbständige kleinere Unternehmen

- 1.1.7 Bei der Gründung neuer selbständiger Unternehmen besteht häufig das Problem, daß Mitbürger, die sich selbständig machen wollen, noch nicht die von den Banken verlangten Sicherheiten bieten können. Deswegen ist eine Förderung bei der Gründung von kleineren Betrieben allein durch Zinsbegünstigung nicht ausreichend. Die bisher in Rheinland-Pfalz bestehenden Kreditgarantie-Gemeinschaften haben sich in dieser Beziehung als unzureichend erwiesen, da sie wichtige Branchen (z.B. Fremdenverkehr) nicht wirksam erfassen und daher eher auf die Hilfe für bereits bestehende Unternehmen ausgerichtet sind.

Wir werden mit Versicherungen und Banken im Lande beraten, wie die bestehenden Einrichtungen wirkungsvoller eingesetzt werden können. Insbesondere, ob sie in einen gemeinsamen, auch mit öffentlichen Mitteln ausgestatteten Risikofonds für die Gründung von kleineren Unternehmen eingebracht werden können.

Unterstützung der Bundesregierung: Verschärfung der Antikartell-Gesetzgebung; Stärkung der Landeskartellbehörde

- 1.1.8 Rheinland-Pfalz hat während der letzten 10 Jahre mehr als 6 000 Einzelhandelsgeschäfte eingebüßt. Diese Entwicklung ist unter anderem auch die Folge der schnellen Ausbreitung der Verbrauchermärkte auf dem Lande. Die Folge dieser Entwicklung ist nicht nur die Zerstörung mittelständischer Einzelhandelsbetriebe; schon heute sind die Bewohner der ländlichen Räume unzureichend versorgt,

Das machen wir anders:

denen kein Auto zur Verfügung steht.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich deshalb im Bundesrat, anders als die CDU, für eine Verschärfung des Kartellgesetzes (z.B. Fusionskontrolle) einsetzen und Wege suchen, um den kleineren Unternehmen mehr Wettbewerbsgleichheit zu sichern. Die Personalausstattung der Landeskartellbehörde muß so erweitert werden, daß eine wirksame Verfolgung von unerlaubten Marktmanipulationen möglich wird.

1.2

Landwirtschaft und Weinbau

Die Zahl der Betriebe hat sich von 168 000 im Jahre 1960 auf 81 000 im Jahre 1977 vermindert; die Zahl der Arbeitskräfte ging in der gleichen Zeit um mehr als die Hälfte auf 197 000 zurück. Landwirtschaft und Weinbau bleiben dennoch für Rheinland-Pfalz von großer Bedeutung. In Übereinstimmung mit der Politik der Bundesregierung wird eine SPD-geführte Landesregierung die übergeordneten agrarpolitischen Ziele mit allem Nachdruck verfolgen. Dazu gehören die Teilnahme der Landwirtschaft an der allgemeinen Einkommensentwicklung, die Verbesserung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit, der weitere Ausbau der sozialen Sicherung für die landwirtschaftliche Bevölkerung, die Erhaltung eines biologisch gesunden Naturhaushaltes und die Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen

Das machen wir anders:

Raum, besonders durch gezielte Maßnahmen im Bereich der Verkehrspolitik.

Bei allen agrarpolitischen Schritten bleibt zu beachten, daß Umweltschutz ohne eine verantwortungsbewußte Land- und Forstwirtschaft nicht möglich ist.

Für die Landwirtschaftspolitik ist die Rentabilität der Betriebe zwar ein wichtiger Gesichtspunkt, aber in weniger fruchtbaren Regionen müssen umwelt- und regionalpolitische Überlegungen einbezogen werden. Eine Verödung der Kulturlandschaft oder die Entvölkerung des ländlichen Raumes muß verhindert werden.

Landwirtschaftliche Zu- und Nebenerwerbsbetriebe bleiben ein wesentliches Element in allen Teilen des Landes. In der nebenberuflichen Landwirtschaft sieht die SPD einen unersetzbaren Bestandteil unserer Gesellschaft.

Engerer Kontakt mit
der EG-Kommission

- 1.2.1 Eine SPD-geführte Landesregierung wird die von der sozialliberalen Bundesregierung 1969 eingeleitete gezielte Förderungspolitik gegenüber den landwirtschaftlichen und weinwirtschaftlichen Betrieben fortsetzen. Insbesondere im Weinbau wird die europäische Politik entscheidend sein. Wir werden deswegen engere Kontakte mit der EG-Kommission halten, als dies die CDU-geführte Landesregierung bisher getan hat.

Das machen wir anders:

Produktionsgrundlagen
verbessern -
Standortnachteile aus-
gleichen

- 1.2.2 In der Agrarstrukturpolitik streben wir eine weitere Verbesserung der Produktionsgrundlagen und einen Ausgleich naturbedingter und wirtschaftlicher Standortnachteile der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft an.

Maßnahmen bei Ausbildung, Fortbildung und Beratung müssen dazu beitragen, den anerkannt hohen Leistungsstand unserer Landwirtschaft zu sichern. Eine SPD-geführte Landesregierung wird den Vorschlag der Landfrauen für eine 3-jährige hauswirtschaftliche Ausbildung mit Berufsgrundbildungsjahr unterstützen.

Die Qualitätswein -
erzeugung garantieren

- 1.2.3 Im rheinland-pfälzischen Weinbau ist die Förderung der Qualitätsweinerzeugung von existentieller Bedeutung für die Winzer und deshalb Leitmotiv sozialdemokratischer Weinbaupolitik.

Weinbauplan Rheinland-
Pfalz wird neu erarbeitet -
gegen 12. Anbaugebiet

- 1.2.4 Der von der CDU-Landesregierung erst mit beträchtlicher Verspätung vorgelegte Weinbauplan wurde mit den weinwirtschaftlichen Fachverbänden nur ungenügend abgestimmt. Wir werden deswegen die umstrittenen Teile des Weinbauplanes in Gesprächen mit den Fachverbänden erneut zur Diskussion stellen und gemeinsam nach Wegen suchen, um die Zukunft des Qualitätsweinbaues in Rheinland-Pfalz sichern zu können. Wir sind gegen die geplante Schaffung eines übergreifenden 12. Anbaugebietes unter der Bezeichnung "Liebfrauenmilch", weil dies die Qualitäts-

Das machen wir anders:

merkmale der rheinland-pfälzischen Weine verwischen würde.

Verschärfte Qualitätskontrolle für Importe - aber auch im Inland

- 1.2.5 Zur Sicherung des Qualitätsweinprinzips sind konkrete Maßnahmen einzuleiten, so durch wirksame Kontrollen der Importweine, etwa über eine neue Prüfungsstelle beim Chemischen Untersuchungsamt Trier für den Moselraum. Ein weiteres Ziel sind "Rücklaufkontrollen" im In- und Ausland, um Manipulationen mit amtlichen Qualitätsnummern durch einen Vergleich mit den hinterlegten Prüfproben weitgehend auszuschließen.

Konsequente Anbaubeschränkung in der EG - Durchsetzung auch im eigenen Land

- 1.2.6 Eine SPD-geführte Landesregierung wird im EG-Bereich für die Einhaltung von Anbaubeschränkungen eintreten. Wo neue Rebflächen im eigenen Lande ohne Genehmigung angelegt werden, muß der Eigentümer zukünftig wissen, daß die Behörden im Interesse aller Winzer konsequent einschreiten werden. Die CDU-Landesregierung hat auf diesem Gebiet Rechtsunsicherheit aufkommen lassen.

Mit Landesmitteln fehlende EG-Zuschüsse ausgleichen

- 1.2.7 Der planmäßige Wiederaufbau anerkannter Rebflächen wird nach dem Auslaufen der EG-Zuschüsse mit ausreichenden Landesmitteln gesichert. Das Land muß auch den Rebflächenbestand an den Steillagen von Mosel, Rhein und Ahr gewährleisten, da dem Weinbau in diesen Bereichen eine wachsende Bedeutung für den Fremdenverkehr zukommt.

Das machen wir anders:

Für Ruhe im EG-
Weinrecht

1.2.8 Einen weiteren Schwerpunkt künftiger Aufgaben sieht eine SPD-geführte Landesregierung darin, über die Bundesregierung bei der EG darauf hinzuwirken, daß im europäischen Weinrecht längerfristig eine Beruhigung eintritt. Häufige Neuerungen drohen die Weinwirtschaft, vor allem die kleineren Winzerbetriebe, zu überfordern.

Über Einkommen und
soziale Sicherung hinaus:
Versorgung der ländlichen
Räume; Entlastung der Land-
frauen

1.2.9 Die Landwirtschaftspolitik der sozial-liberalen Bundesregierung im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft hat die Einkommensentwicklung der Betriebe in Landwirtschaft und Weinbau gesichert. Die Sozialpolitik der Bundesregierung hat auch für die Einbeziehung der Landwirte und Winzer in die Alters- und Krankenversicherung gesorgt. Heute kommt es darauf an, für Landwirte, Winzer und alle anderen Bewohner der ländlichen Räume die sozialen und kulturellen Leistungen auszubauen bzw. zu sichern. Dabei werden in den Familien der Landwirte insbesondere die Landfrauen zu berücksichtigen sein. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird bei der Entscheidung der Standorte für Schulen und Krankenhäuser sowie bei der Förderung von Bürgerhäusern diese Interessen im Auge haben.

Ein weiterer Faktor ist der Ausbau landwirtschaftlicher Helferdienste, die bei Krankheit und für den Urlaub gerade den Landfrauen Entlastung ermöglichen.

Das machen wir anders:

1.3 Umweltschutz

Immer mehr Bürger entwickeln Verantwortungsgefühl dafür, daß der rücksichtslose Umgang mit der Natur nicht fortgesetzt werden kann. Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen in der Umwelt ist eine der vorrangigen Ziele sozialdemokratischer Politik. Rücksicht auf Natur und Umwelt durchzieht das ganze Arbeitsprogramm 1979 - 1983.

Umweltpolitik ist nicht nur Abwehr drohender Gefahren und Beseitigung bereits eingetretener Schäden. Umweltpolitik muß vor allem dafür sorgen, daß natürliche Grundlagen geschützt und schonend in Anspruch genommen werden. Jede staatliche, wirtschaftliche und private Planung muß deswegen vorsorglich mögliche Auswirkungen auf die Umwelt mitbedenken. Umweltschutz ist daher auch zum Beispiel die Dezentralisation der Kraftwerke; ist auch eine Planung von Straßen und Autobahnen, bei der die Trassenführung die natürliche Landschafts- und Siedlungsstruktur berücksichtigt; ist auch eine Landwirtschaftspolitik, die eine Erhaltung kultivierter Landschaft ermöglicht. Die Förderung von umweltfreundlichen Techniken in der Abfallbeseitigung gehört ebenso dazu.

- 1.3.1 Wir sehen die Reinhaltung der Gewässer als einen Schwerpunkt unserer Umweltpolitik. Deshalb muß die Abwasserbeseitigung Vorrang haben. Grundsätzlich gilt zwar auch hier das Verursacherprinzip. Es ist jedoch den Bürgern nicht zuzumuten, die finanzielle
- Gewässerschutz :
Ja zum Verursacherprinzip
Für höhere Beteiligung des Landes bei Kläranlagen und Kanalisation

Das machen wir anders:

Last nahezu allein zu tragen. Das Land muß sich mit wesentlich höheren Zuschüssen zur Kanalisierung und zum Bau von Kläranlagen beteiligen. Industrieabwässer bedürfen ständiger Kontrolle.

Überregionale
Planung der Trink-
wasserversorgung

- 1.3.2 Die Trinkwasserversorgung in Rheinland-Pfalz ist nicht überall quantitativ und qualitativ sichergestellt. Es wird deshalb für uns eine wichtige Aufgabe sein, diese Versorgung auf der Grundlage überregionaler Pläne sicherzustellen.

Umgehungsstraßen -
gegen Lärmbelästigung auch
auf dem Lande

- 1.3.3 Der Verkehrslärm nimmt zu und wird für eine Vielzahl von Bürgern immer unerträglicher. Deshalb wird sich eine SPD-Landesregierung für Maßnahmen einsetzen, die die Belästigung durch Lärm eindämmen. Neben einem Bundeslärmschutzgesetz gehören zu solchen Maßnahmen die Verminderung des Durchgangsverkehrs in Städten und Gemeinden, der Bau von Umgehungsstraßen und, soweit nicht anders zu lösen, lärmdämmende bauliche Einrichtungen. Mutwilliger Verkehrslärm ist verschärft zu kontrollieren.

Ein besonderes Problem ist der von Düsenjägern verursachte Lärm. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeiten, die aus unseren Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft erwachsen, müssen zeitliche und örtliche Regelungen gefunden werden, die die betroffene Bevölkerung besser vor unerträglichem Lärm schützen als bisher.

Das machen wir anders:

- 1.3.4 Umweltprobleme können nur zum Teil durch Gesetze und Verordnungen gelöst werden. Wir werden die Kontroll- und Überwachungssysteme für Gewässerreinigung, Luftreinigung, Lärmbekämpfung und Bodenreinigung verstärken. Angesichts der Vielfalt der Umweltfragen ist gerade hier die Mitarbeit der Bürger unerlässlich. Die SPD lehnt jede pauschale politische Verkettung von Umweltaktionen ab.

Umweltschützer hören,
ihren Sachverstand
nutzen

Eine SPD-geführte Landesregierung wird deswegen in allen Einzelentscheidungen die betroffenen Bürger, Bürgerinitiativen und Umweltschutz-Organisationen sorgfältig anhören und ihre Anliegen im Rahmen des Gesamtinteresses berücksichtigen.

1.4 Energiepolitik

Die ausreichend gesicherte und preisgünstige Versorgung mit Energie ist eine Grundvoraussetzung für mehr Lebensqualität. Von ihr hängen die Erhaltung der Arbeitsplätze ebenso ab, wie der Ausgleich noch bestehender sozialer und regionaler Ungleichgewichte. Dabei ist die Energiepolitik heute weniger denn je nur ein technisch-ökonomisches Problem. Ein weiterer ungezügelter Anstieg des Energieverbrauchs ist schon von den natürlichen Vorräten der Erde und den Umweltfolgen her gesehen, weder möglich noch vertretbar. Deshalb kommt allen Maßnahmen des sparsamen Umgangs mit Energie hohe Priorität zu.

Aber wirtschaftliche Entwicklung und dauerhafte gesellschaftliche Fortschritte sind kaum möglich ohne einen - wenn auch verlang-

Das machen wir anders:

samten- Zuwachs des Energieverbrauchs. Für die Versorgung im Lande Rheinland-Pfalz und für landespolitische Entscheidungen besitzen dabei die Energiearten Gas und Elektrizität besondere Bedeutung.

Beim Ausbau der Versorgung mit diesen Energiearten wird sich eine SPD-geführte Landesregierung nach folgenden Grundsätzen richten:

Verstärkter Ausbau der Erdgasversorgung 1.4.1

Im Rahmen der Infrastrukturförderung wird der Ausbau der flächendeckenden Versorgung mit der besonders umweltfreundlichen Energieart Erdgas nicht nur in den Fördergebieten, sondern allgemein unterstützt.

Kohle hat Vorrang vor Kernenergie

- 1.4.2 Kohlekraftwerke haben Vorrang vor Kernkraftwerken, für die die rheinland-pfälzische SPD grundsätzlich offen bleibt. Sie tritt jedoch im Interesse einer größeren Unabhängigkeit der Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland, gemeinsam mit der sozialliberalen Bundesregierung, für einen Vorrang der Kohle ein. Dies umso mehr, als nach unserer Auffassung in unserem Lande gegenwärtig kein Bedarf erkennbar ist, der nicht durch Kohlekraftwerke gedeckt werden könnte.

Dabei lassen wir uns auch von der Überzeugung leiten, daß die Auswahl der Produktionstechniken für eine stetige Versorgung mit Elektrizität nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Produktionskosten erfolgen darf, sofern die Wettbewerbsfähigkeit (z.B. durch Subventionierung der heimischen Kohle) sichergestellt ist.

Das machen wir anders:

Umweltvorteile kleiner Kraftwerke berücksichtigen

1.4.3 Die Energieversorgung darf nicht völlig auf Großkraftwerke verlagert werden. Eine Novellierung des Energierechts, die kleinen und mittleren verbrauchsnahen Kraftwerken auch künftig eine Beteiligung an der Energieversorgung ermöglicht und deren Vorteile für die Abnehmer sichert, wird von uns ebenso unterstützt, wie die zur Sicherung der heimischen Kohleförderung notwendige Subventionierung der Kohlepreise auf das Kostenniveau anderer Primärenergiearten.

Standorte werden parlamentarisch entschieden

1.4.4 Standortplanung für Kraftwerke ist eine öffentliche Aufgabe. Sie kann weder allein den Energieversorgungs-Unternehmen überlassen werden, noch ist die derzeitige Zuständigkeit der Exekutive für Standortentscheidungen der politischen Bedeutung dieser Aufgabe angemessen. Deshalb wird eine SPD-geführte Landesregierung dafür sorgen, daß nach alternativer Vorplanung in der Verwaltung und angemessener Bürgerbeteiligung die Ausweisung von Kraftwerksstandorten in einem Standortplan durch das Parlament erfolgt.

1.5 Verkehrspolitik

Die SPD Rheinland-Pfalz tritt für die Aufrechterhaltung des heutigen öffentlichen Verkehrsnetzes in Rheinland-Pfalz ein, insbesondere für die Aufrechterhaltung der Eisenbahnstrecken.

Das machen wir anders:

Bahn- und Postbusdienste
zusammenfassen -
Elektrifizierung fortsetzen

Die SPD erkennt aber auch die Notwendigkeit von Rationalisierungsmaßnahmen der Bundesbahn. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb zum Zwecke der Aufrechterhaltung und des Ausbaues eines möglichst umfassenden öffentlichen Verkehrsnetzes die Bundesregierung, die Bundesbahn und die Bundespost unterstützen, z.B. bei der Zusammenfassung des Busverkehrs von Bahn und Post. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die noch nicht erfolgte Elektrifizierung von Bahnstrecken durchsetzen.

Regionale Verkehrs-
verbände werden ge-
fördert

- 1.5.1 Die Verkehrspolitik im Lande muß besser mit der regionalen Wirtschaftsförderungspolitik abgestimmt werden. Die Konzentration der Förderung auf weniger Standorte muß mit einer Verbesserung des Pendler-Verkehrs und des öffentlichen Nahverkehrs der verstärkt geförderten Schwerpunkte verbunden werden. Hierzu ist die Schaffung und Finanzierung regionaler Verkehrsverbände notwendig, wie dies die SPD-Landtagsfraktion in einem Gesetzentwurf vorgeschlagen hat. Durch einen vom Land in Aussicht zu stellenden Defizitausgleich ist die Kooperationsbereitschaft der Verkehrsträger zu fördern, mit dem konkreten Ziel, Fahrpläne abzustimmen, Fahrpreise zu vereinheitlichen und trotz besserer Angebote auf längere Sicht größere Verluste zu vermeiden.

- 1.5.2 Rheinland-Pfalz bedarf auch bei Aufrechterhaltung des Schienennetzes eines voll-

Das machen wir anders:

ständig ausgebauten Straßensystems. CDU-geführte Regierungen in Bonn und Mainz haben in den fünfziger und sechziger Jahren durch unzureichende Planung wesentliche Verzögerungen beim Ausbau des Autobahnnetzes entstehen lassen. In den Jahren seit 1969 sind von der SPD-geführten Bundesregierung mehr Autobahn-Kilometer in Rheinland-Pfalz gebaut worden, als im Jahre 1969 bestanden.

Neuer Schwerpunkt:
Umgehungsstraßen

Die Verkehrsprobleme in Rheinland-Pfalz sind allerdings mit Autobahnen allein nicht zu lösen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird daher zwar gegenüber der Bundesregierung für eine Vervollständigung des Autobahnnetzes eintreten, aber den entscheidenden Schwerpunkt im Ausbau von Umgehungsstraßen sehen. Es gibt heute in unserem Land noch viele Gemeinden, durch deren enge "Gassen" Hauptverkehrsstraßen des Bundes und des Landes verlaufen. Die Belästigung und Gefährdung der Bewohner ist oft unerträglich geworden. Zum zügigen Bau der notwendigen Umgehungsstraßen ist insbesondere eine zügige Verwirklichung umweltgerechter Planungen erforderlich. Umweltgerechte Umgehungsstraßen dürfen nicht am Eigennutz einiger weniger Grundbesitzer scheitern.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird innerhalb eines Jahres einen Plan vorlegen, der mindestens den Baubeginn aller wichtigen Umgehungsstraßen in der Legislaturperiode 1979 - 1983 möglich machen wird.

Das machen wir anders:

Ausbau der Landesstraßen -
Mehr Sicherheit
beim Überholen

- 1.5.3 Die Unfallquote in Rheinland-Pfalz ist hoch. Etwa ein Drittel der Landesstraßen muß heute als unzureichend gelten. Zur notwendigen Verbesserung der Landesstraßen gehört auch, sichereres Überholen zu ermöglichen. Angesichts beschränkter Mittel ist aber ein vierspuriger Ausbau der wichtigsten Landesstraßen in absehbarer Zeit kaum möglich. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deswegen beim Ausbau der Straßen auf sonst zweispurigen Strecken in bestimmten Streckenabschnitten durch dreispurigen Ausbau für Überholspuren sorgen und damit zügigeren und sichereren Verkehr möglich machen.

Das machen wir anders:

2. Recht auf Arbeit - Recht auf Bildung

2. 1 Vollbeschäftigung und Wirtschaftspolitik

Inser Ziel:

Vollbeschäftigungspolitik -
System der sozialen Sicher-
heit schützen

Arbeit für alle ist eines der wichtigsten Ziele sozialdemokratischer Politik. Im internationalen Vergleich hat die Bundesrepublik Deutschland zwar verhältnismäßig weniger Arbeitslose als andere Länder. Dennoch hat die Gefahr, den Arbeitsplatz zu verlieren, bei vielen Arbeitnehmern Zukunftsangst ausgelöst. Freiheitsraum und Würde des einzelnen Arbeitnehmers werden beeinträchtigt.

Konservative Politiker behaupten, daß ein gewisses Maß an Arbeitslosigkeit für die Aufrechterhaltung der Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer erforderlich sei. Wer Arbeitslosigkeit zur Disziplinierung der Arbeitnehmer ausnutzen will, betreibt unmenschliche Politik.

Arbeitslosigkeit und die Angst vor Arbeitslosigkeit treffen im allgemeinen arbeitswillige und fleißige Frauen und Männer, die ohne ihr Verschulden in diese Notlage gebracht werden. Für sie machen wir Vollbeschäftigungspolitik, und für sie werden wir auch unser System der sozialen Sicherheit gegen Mißbrauch und Ausnutzung schützen.

Verbesserte Vermittlung,
auch für arbeitslose
Akademiker

Die von der Bundesregierung eingeleitete Verstärkung der Vermittlung der Bundesanstalt für Arbeit wird energisch unterstützt. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich für eine verbesserte Vermittlung auch der arbeitslosen Akademiker einsetzen.

Das machen wir anders:

SPD-geführte Landesregierung wird die Wirtschaftspolitik von Bundeskanzler Helmut Schmidt unterstützen

Die SPD ist, im Gegensatz zur CDU, der Auffassung, daß die wesentlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit im weltwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen Strukturwandel liegen. Der Rückgang der Investitionen war in erster Linie eine Folge von Überkapazitäten und verschärftem internationalen Wettbewerb.

Hier hat es auch erhebliche unternehmerische Fehlentscheidungen gegeben. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb nicht dem Irrweg der CDU folgen, allein durch höhere Unternehmererträge den wirtschaftlichen Problemen des Strukturwandels zu begegnen. Eine Verbesserung der Ertragslage ohne Verbesserung der Nachfrage und der Absatzchancen führt nur zu erhöhten Entnahmen der Kapitaleigner und nicht zu den gewünschten Investitionen. Wir werden deshalb die ausgewogene Konjunkturpolitik der Bundesregierung unterstützen, die Nachfrage und Ertragslage der Unternehmen berücksichtigt.

Darüber hinaus wird eine SPD-geführte Landesregierung der Strukturpolitik erhöhte Aufmerksamkeit widmen, wie im Arbeitsprogramm (Seite 9 - 15) dargestellt wird.

Strukturveränderung
nicht ohne Mitwirkung
der Arbeitnehmer

- 2.1.1 Ständig wandelnder technischer Fortschritt und der Zwang zur Rationalisierung haben nachhaltige Auswirkungen auf Bestand und Inhalt der Arbeitsplätze. Auch das System der sozialen Sicherheit wird zwangsläufig von dieser Entwicklung beeinflusst.

Das machen wir anders:

Die SPD Rheinland-Pfalz begrüßt, daß die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sich den wirtschaftlichen Entwicklungen nicht verschließen, obwohl der einzelne Arbeitnehmer die Hauptlast des Strukturwandels zu tragen hat. Gerade deswegen haben wir aber auch Verständnis dafür, daß die Gewerkschaften an den Entscheidungen über die Entwicklungen teilnehmen wollen.

Im Interesse unserer Volkswirtschaft und zur Sicherung des sozialen Friedens ist es deshalb notwendig, die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften am Entwicklungs- und Entscheidungsprozeß der Strukturpolitik zu beteiligen.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften durch Mitarbeit in Wirtschafts- und Strukturausschüssen Einfluß auf regionale Planungen, öffentliche Förderung von Industrieansiedlungen und die damit verbundenen wirtschaftlichen Entwicklungen einräumen, wie dies die Kammern der Industrie, des Handels und des Handwerks praktisch bereits haben.

- 2.1.2 Wir werden die Schaffung neuer Arbeitsplätze in privaten Unternehmen fördern. Angesichts der wachsenden Zahl der Erwerbswilligen und der verstärkten Rationalisierungsinvestitionen können neue gewerbliche Arbeitsplätze die Arbeitsplatz-Lücke allein aber nicht schließen. Auf die Notwendigkeit einer verstärkten Förderung

Das machen wir anders:

des Dienstleistungssektors, insbesondere in kleineren Unternehmen des Fremdenverkehrs, wurde bereits hingewiesen (Arbeitsprogramm, Seite 12 - 14).

Den öffentlichen Dienst leistungsfähiger machen - mehr Arbeitsplätze

- 2.1.3 Eine SPD-geführte Landesregierung wird auch durch zusätzliche öffentliche Dienstleistungen einen Beitrag zur Vollbeschäftigung leisten: In unseren Schulen brauchen wir Lehrer, um den Unterrichtsausfall zu beseitigen und die Klassen kleiner zu machen. Das Gesundheitswesen und soziale Einrichtungen sind personell besser auszustatten; das Leistungsangebot ist zu erweitern. "Innere Sicherheit" festigen heißt auch, genügend Polizeibeamte zur Verfügung zu haben. Das ist in Rheinland-Pfalz weniger der Fall, als in anderen Bundesländern.

Den Pensionsschub durch gleichmäßige Einstellungen glätten:
Chancen für junge Mitarbeiter

Wir werden darauf achten, daß der heutige Altersaufbau des öffentlichen Dienstes notwendige Einstellungen nicht verhindert. Deswegen werden wir Möglichkeiten eröffnen, den in wenigen Jahren zu erwartenden Pensionsschub zum Teil vorzuziehen, um damit heute zusätzliche Chancen für junge Mitarbeiter im öffentlichen Dienst zu schaffen.

Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst beschränken

- 2.1.4 Das zum Teil erhebliche Maß an nebenberuflicher Tätigkeit von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes muß durch Entscheidungen des Landes eingedämmt und abgebaut werden. Hier kommt es oft zu einer unfairen Konkurrenz für die freien Berufe.

Das machen wir anders:

2.1.5 Die heutige Landesregierung betreibt eine unzulängliche und einfallsslose Strukturpolitik. Die Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung - soweit es diese überhaupt gibt - läßt gezielte Maßnahmen vermissen.

Die SPD sieht:

Arbeitszeitverkürzung wird unerlässlich -
Eine Aufgabe der Tarifparteien

Aber auch die notwendige Umkehr der Strukturpolitik, die Vermehrung der Beschäftigung im Bereich der Selbständigen und im öffentlichen Dienst werden die Vollbeschäftigung nicht allein wieder herstellen. Deswegen ist neben konjunkturpolitischen und strukturpolitischen Maßnahmen auch eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig.

Dies ist in erster Linie Aufgabe der Tarifparteien.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird aber die Tarifparteien in einer sinnvollen und kostenmäßig tragbaren Verkürzung der Arbeitszeit bestärken.

Dabei geht es um

- Verkürzung der Lebensarbeitszeit
(frühere Pensionierung, verbesserte Ausbildung)
- Verkürzung der Jahresarbeitszeit
(Verlängerung des Jahresurlaubs)
- Verkürzung der Wochenarbeitszeit
(auch durch die Eindämmung von Überstunden und unnötiger Schichtarbeit)
- Vermehrung des Angebots für Teilzeitbeschäftigung auch im öffentlichen Dienst

Wir werden darüberhinaus die Bundesregierung bei ihrem Vorhaben, die Arbeitszeitordnung mit einer gesetzlichen Fixierung der

Das machen wir anders:

40-Stunden-Woche zur Eindämmung unnötiger Überstunden zu novellieren, unterstützen.

Arbeitszeitordnung auf
40 Stunden

- 2.1.6 Arbeitslosigkeit trifft einzelne Gruppen der Gesellschaft unterschiedlich stark. Besondere Maßnahmen verlangt deswegen die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen, der Frauen, der Behinderten und der älteren Arbeitnehmer.

Arbeit für Jugendliche,
Frauen, Behinderte und
ältere Arbeitnehmer

Heute machen in Rheinland-Pfalz mehr als 7 000 Jugendliche zu Beginn ihres Berufslebens die deprimierende Erfahrung der Arbeitslosigkeit. Dies ist zu einem erheblichen Teil die Schuld einer unzureichenden Bildungspolitik der Landesregierung. Deswegen wird dieses Problem auch im Arbeitsprogramm der SPD im Abschnitt Schulen, Ausbildung, Berufsbeginn ausführlich behandelt.

Auch die Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit ist weitgehend ein Problem der ausreichenden beruflichen Qualifikation der Mädchen. Dies gilt auch für Frauen, die längere Zeit aus dem Arbeitsleben ausgeschieden waren.

Wiedereingliederung für
Frauen fördern

Eine SPD-geführte Landesregierung wird arbeitslose Frauen in besonderen Kursen und durch gezielte unterstützende Begleitung in ihrer Motivation zur Fortbildung bestärken und ihnen während der Ausbildung in den Betrieben bei der Bewältigung der auftauchenden Probleme Hilfe geben.

Das machen wir anders:

Qualifizierte
Teilzeitarbeitsplätze
schaffen

Getrennte Stellenmärkte
überwinden -
bei öffentlicher Förde-
rung Anteil der Frauen
berücksichtigen

Behinderte im öffent-
lichen Dienst fördern

Ziel einer solchen Maßnahme ist es, den Frauen durch eine nachgeholt qualifizierte Ausbildung eine sicherere Position auf dem Arbeitsmarkt zu verschaffen und die große Abbrecherquote bei Fortbildungsmaßnahmen zu verringern.

Ferner werden wir angesichts der häuslichen Anforderungen der verheirateten Frauen helfen, durch Förderung des Angebotes an qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen und die Berücksichtigung möglicher Arbeitszeitverkürzung für Frauen, Frauenarbeitslosigkeit abzubauen. Auf die Rolle des öffentlichen Dienstes wird verwiesen.

Bei den Arbeitsämtern werden wir darauf drängen, daß der bisher getrennte Stellenmarkt zwischen Männern und Frauen überwunden wird. Frauen sollen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und direkten Zuweisungen von Arbeitslosen entsprechend ihrem örtlichen oder regionalen Anteil an der Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden. In Strukturförderungsprogrammen sollen besondere Maßnahmen für die Schaffung und Sicherung von Frauenarbeitsplätzen aufgenommen werden.

Jede Gesellschaft ist so gut, wie sie die Schwachen und Behinderten an der Gesellschaft teilhaben läßt. Leistungssteigerungen, die nur in der "Ellenbogengesellschaft" möglich sind, lehnen wir deswegen ab. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, daß Betriebe und Verwaltungen des öffentlichen Dienstes Behinderten diejenigen Positionen öffnen, die von diesen ausgefüllt werden können.

Das machen wir anders:

Ausgleichsabgabe für
Behinderte erhöhen

Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich dem Abbau der Schwerbehinderten-Pflichtsätze für die Betriebe widersetzen und die Ausgleichsabgabe für nicht besetzte Plätze erhöhen.

Ältere Arbeitnehmer
sind kein altes Eisen -
ihre Umstellung und Ein-
gliederung unterstützen

Auch Arbeitnehmer über 50 Jahre sind noch durchaus fähig, dem beruflichen Wandel der Wirtschaft zu folgen. Wir befürworten deshalb Maßnahmen, die auch älteren Menschen noch das Mitlernen und die Umstellung im Berufsleben sowie die Wiedereingliederung in das Arbeitsleben ermöglichen. Wir werden auch die Tarifparteien bei einer sinnvollen Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch frühere Pensionierung unterstützen.

2.2 Schulen, Ausbildung und Berufsbeginn

In der Geschichte der SPD hat die Verbesserung der Bildungschancen für die große Mehrheit der Bevölkerung immer eine zentrale Rolle gespielt. Die SPD Rheinland-Pfalz hat in Fragen der Bildungspolitik die CDU-Landesregierung stets drängen müssen, ob es um die Abschaffung der Konfessionsschulen, der Zwergschulen oder um die Schaffung überbetrieblicher Ausbildungswerkstätten ging.

Sozialdemokraten haben schon in den fünfziger und sechziger Jahren einen verstärkten Ausbau des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland gefordert. Seit Übernahme der Führung der Bundesregierung durch die SPD im Jahre 1969 stieg im gesamten Bundesgebiet die Zahl der Lehrer von knapp 300 000 auf

Das machen wir anders:

rund 450 000. Die gesamten Bildungsausgaben in der Bundesrepublik stiegen von 47 Milliarden DM auf 92 Milliarden DM. Der Anteil der Bildungsausgaben an allen öffentlichen Ausgaben hat sich von 12,7 % auf 16,3 % erhöht.

Im Rahmen dieser Gesamtentwicklung wurden auch in Rheinland-Pfalz Fortschritte erzielt. Aber Rheinland-Pfalz liegt in wesentlichen Teilen des Bildungswesens immer noch deutlich hinter anderen Bundesländern zurück. Notwendige Verbesserungen des Bildungswesens sind in Rheinland-Pfalz unterblieben.

Die Benachteiligung der Haupt- und Realschulen gegenüber den Gymnasien wurde nicht beseitigt. 1977 wurden pro Schüler in einer Hauptschule 2 047 DM ausgegeben. Pro Schüler im Gymnasium 3 076 DM. In diesem Vergleich schneiden auch die Berufsschulen schlecht ab.

Die bessere Ausstattung der Sonderschulen dagegen ist zu begrüßen. In ländlichen Räumen gibt es aber noch einen Nachholbedarf aufzuholen.

Schüler und Eltern leiden unter ständig ausfallendem Unterricht (z.B. fällt jede 7. Stunde in den berufsbildenden Schulen aus) und ständig wechselnden Schulbüchern und Lernmitteln. Dabei ist festzustellen, daß in Rheinland-Pfalz - trotz wiederholter CDU-Wahlversprechen - keine Lernmittelfreiheit besteht.

Ausbildungsplätze sind in Rheinland-Pfalz knapp, obwohl das Handwerk in den beiden letzten Jahren erhebliche Anstrengungen

Das machen wir anders:

unternommen hat. Von 1967 - 1978 hat sich die Zahl der Ausbildungsplätze in Industrie und Handel um fast 9 000 verringert. Die Behauptung der CDU, daß Rheinland-Pfalz bei der Entwicklung der Ausbildungsplätze besonders günstig abschneide, ist unrichtig.

Auch in der Ausbildung an den Hochschulen fehlt in Rheinland-Pfalz nahezu für jeden dritten Studienplatzbewerber ein Studienplatz; diese Abiturienten sind gezwungen, in anderen Bundesländern ihre Studienplätze zu suchen.

Es gibt also keinen Grund für Selbstzufriedenheit, wie die CDU-Regierung sie verbreitet. Eine SPD-geführte Landesregierung wird nicht nur den Ausbau des Bildungswesens fortsetzen, sondern auch strukturelle Fehlentwicklungen korrigieren.

Dabei wird die SPD folgende Schwerpunkte setzen:

Strukturelle Fehlentwicklungen im Schulwesen korrigieren

- Abbau des Konkurrenzdruckes:
mehr Freude am Lernen
- Verbesserung der Chancengleichheit:
keine Prüfung für Zehnjährige
- Gleichwertigkeit der Hauptschule:
für alle ein 10. Bildungsjahr
- Entlastung der Eltern: Ende mit dem Schulbuch-Chaos
- Berufsbildung:
betriebliche Ausbildungsplätze vermehren
und durch Berufsfachschulen ergänzen

Das machen wir anders:

Lehrer zu den Schülern,
nicht Schüler zu den
Lehrern transportieren

- 2.2.1 Grundschulen müssen grundsätzlich über Jahrgangsklassen verfügen. Die SPD ist für kleine Klassen, aber gegen Zwergschulen. Wirtschaftliche Gesichtspunkte dürfen dabei nicht zu einem für Kinder und Eltern unerträglichen Transport über lange Strecken führen.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird deswegen mindestens für die Aufrechterhaltung der Grundschulen an ihren heutigen Standorten eintreten. Wir wollen eher die Lehrer zu den Schülern transportieren, als die Kinder auf noch längeren Wegen zu den Lehrern. Darüberhinaus werden wir uns dafür einsetzen, daß vor allem für die ersten Schulklassen kleinere Busse kürzere Strecken fahren.

Länger gemeinsam
zur Schule gehen

- 2.2.2 Das heutige Schulsystem zwingt Eltern und Kinder, bereits nach dem 4. Schuljahr durch die Wahl zwischen Hauptschule, Realschule und Gymnasium lebensentscheidende Weichen zu stellen. Der Entscheidungsdruck beginnt aber früher: bereits im 2. oder 3. Schuljahr müssen Eltern die "Leistung" ihrer Kinder fördern, um die Schulchancen offen zu halten. Das bestehende System führt zu einer erheblichen Belastung von Kindern im Grundschulalter und deren Eltern. Da bei Zehnjährigen Begabungen nur in Ausnahmefällen deutlich erkennbar sind und Kinder aus wirtschaftlich schwächeren Familien für ihre Entfaltung häufiger länger brauchen, führt der Entscheidungszwang auch zu erheblicher sozialer Benachteiligung. Der verfrühte Entscheidungszwang nach dem 4. Schuljahr muß deswegen

Das machen wir anders:

grundsätzlich beseitigt werden.

Eine SPD-geführte Landesregierung strebt an, daß die Kinder länger gemeinsam zur Schule gehen. Auf längere Sicht soll erst am Ende der Mittelstufe, also bei den 15- bis 16-jährigen, eine "Spezialisierung" mit Blick auf die spätere berufliche Eignung einsetzen. Diese Forderung ist allerdings nur in der Gesamtschule sinnvoll zu erfüllen.

Keine Eingangsprüfung
in das Gymnasium

Die SPD lehnt deswegen, im Gegensatz zur Landesregierung, eine Eingangsprüfung für zehnjährige Kinder beim Übertritt in das Gymnasium ab. "Berufsprüfungen" für Zehnjährige sind unsinnig, unsozial und unmenschlich.

Ausbau einer echten
Orientierungsstufe

Die SPD befürwortet den großzügigen Ausbau des 5. und 6. Schuljahres zur Orientierungsstufe in der Form, daß sie von allen Kindern eines Jahrgangs gemeinsam besucht wird.

Anschluß an die Welt-
entwicklung finden

Die Gesamtschule ist heute fast in allen Industriestaaten der Welt eingeführt. Was wir Gesamtschule nennen, entspricht der amerikanischen "High-School" oder dem Schulsystem, das heute in Kanada, Japan, Italien oder Schweden ebenso gilt, wie in Australien, der Sowjetunion, Großbritannien und nach neuen Reformentscheidungen auch in Frankreich. In allen diesen Ländern bleiben die Kinder eines Jahrgangs zum Teil bis zum 18. Lebensjahr, mindestens aber bis zum Alter von 14 Jahren, gemeinsam in einer Schule. So behalten die Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten unter Berück-

Das machen wir anders:

sichtigung späterer Berufstätigkeit frei zu entwickeln. Von allen großen Industriestaaten zwingt nur noch das Schulsystem der Bundesrepublik schon bei Zehnjährigen Berufsentscheidungen zu fällen.

Schrittweise zu
Ganztagsschulen
kommen

- 2.2.3 Die Gesamtschule soll langfristig eine Ganztagschule sein. Für Eltern und Kinder wird es befreiend wirken, wenn die Schüler eines Jahrgangs, ohne ständigen Konkurrenzdruck, länger zusammen zur Schule gehen und nach gemeinsamem Sport, Spiel und gemachten Schulaufgaben nach Hause kommen können. Die Familie darf nicht zur angstvollen Hilfsstation der Schule werden.

Zu den langfristigen schulpolitischen Zielen der SPD gehören daher Ganztagschulen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird schrittweise, zunächst mit Schwerpunkt in Regionen mit besonders langen Schülertransportwegen, Ganztagschulen einführen. Das langfristige Ziel ist schon heute in allen Gesamtschulen im Auge zu behalten.

Ausbau der Hauptschulen in den Bereichen Naturwissenschaften, Technik und kaufmännisches Rechnen

- 2.2.4 Das bestehende Schulsystem kann nur schrittweise fortentwickelt werden. Solange das dreigliedrige Schulsystem fortbesteht, werden wir, im Gegensatz zur CDU, dafür Sorge tragen, daß die Hauptschulen den Realschulen und Gymnasien ebenbürtig werden. Hierzu gehört in erster Linie ein Ausbau der Hauptschule, insbesondere in den Bereichen Naturwissenschaften, Technik und kaufmännisches Rechnen.

Das machen wir anders:

Hauptschüler können nur so den Konkurrenzdruck der Abiturienten und Realschüler um gute Berufsbildungsplätze durchhalten.

10. Bildungsjahr
für alle

- 2.2.5 Im Gegensatz zur CDU will eine SPD-geführte Landesregierung für alle Jugendlichen ein 10. Pflichtbildungsjahr in Vollzeitform einführen.

"Schulmüdigkeit" durch
Schulreform abbauen

Der Einwand der CDU, es gebe zahlreiche "schulmüde 16-jährige, die lieber arbeiten, als sich ausbilden lassen wollen", ist zynisch. Es gibt keinen Jugendlichen von 16 Jahren, der lieber arbeiten möchte, als in Sport und Spiel, Kameradschaft und Freiheit zu lernen: vorausgesetzt allerdings, das Lernen wird seiner persönlichen Entwicklung entsprechend möglich gemacht, und er wird nicht durch Geld in Versuchung geführt, sich als Hilfsarbeiter zu verdingen. Wo 16-jährige Jugendliche "schulmüde" sind, muß Kritik an der Schule ansetzen und nicht an den Jugendlichen. Unsere Schulen müssen gerade für diejenigen Jugendlichen, die als Hilfsarbeiter beginnen, und die häufig als Dauerarbeitslose enden, Lernmöglichkeiten anbieten, die diesen Jugendlichen gerecht werden. Die CDU kapituliert vor diesem Problem, die SPD wird versuchen, es zu lösen.

- 2.2.6 Heute ist klar geworden, daß die allgemeine Schulpflicht für die Sicherheit des späteren Berufslebens nicht mehr ausreicht. Jugendliche ohne Berufsausbildung laufen heute

Das machen wir anders:

Ausbildung für alle -
mindestens bis 18 lernen

ebenso Gefahr späterer Arbeitslosigkeit und sozialer Benachteiligung, wie Jugendliche ohne abgeschlossene Schulbildung.

Aus diesem Grund werden wir Vorschläge unterbreiten, um schrittweise eine allgemeine Bildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr für alle Jugendlichen einzuführen. Diese ist entweder in der beruflichen Bildung oder in einer Vollzeitschule zu erfüllen. Niemand soll zukünftig ohne ausreichende Bildung in das Arbeitsleben eintreten.

Lernmittelfreiheit
verwirklichen

2.2.7 Wir werden die Lernmittelfreiheit einführen. Die Frage nach einer sozialen Staffelung muß nach praktischen Gesichtspunkten entschieden werden. Bestehende Fahrtkostenerstattungen sollen Schritt für Schritt ausgebaut werden.

Schluß mit ständig
wechselnden Schulbüchern

2.2.8 Der Ärger mit ständig neuen und wechselnden Schulbüchern muß beseitigt werden. Zur Bereinigung dieser Situation wird die SPD sofort nach der Landtagswahl eine Kommission einsetzen, die innerhalb von 6 Monaten Vorschläge unterbreiten soll.

2.2.9 Trotz Arbeitslosigkeit fehlt es heute überall an Fachkräften. Um unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auszubauen und damit zugleich unsere soziale Sicherheit für die Zukunft zu gewährleisten, müssen wir allen Jugendlichen eine berufliche Zukunft sichern.

Heute machen mehr als 7 000 Jugendliche in Rheinland-Pfalz die deprimierende Erfahrung

Das machen wir anders:

der Arbeitslosigkeit. Niemand verkennt die Anstrengungen vieler Ausbildungsbetriebe. Aber wir müssen darauf hinweisen, daß heute - vor allem außerhalb des Handwerks - zu wenig Jugendliche ausgebildet werden. Die Ausbildung des Einzelnen wird den Anforderungen der Zukunft nicht immer gerecht.

Wenn wir wirtschaftlich bestehen wollen, dann müssen wir - in einem immer schärferen internationalen Wettbewerb - hochqualifizierte Produkte herstellen und verkaufen. Das erfordert eine besonders gute berufliche Qualifikation.

Ausweitung des Lehrstellenangebots

- 2.2.10 Niemand soll in Zukunft ohne ausreichende Bildung in das Arbeitsleben eintreten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird Maßnahmen ergreifen, die in absehbarer Zeit Jugendlichen das Recht auf Ausbildung sichern können. Vorrangig sind Anstrengungen zur Ausweitung des Lehrstellenangebots in den Betrieben. Solche Betriebe, die Jugendliche in wirtschaftsschwachen Gebieten oder besonders hart benachteiligte Jugendliche (Hauptschüler ohne Abschluß, Sonderschüler, Behinderte) ausbilden, werden von uns stärker unterstützt werden. Das gilt auch für die Ausbildung von Mädchen in gewerblich-technischen Berufen, die bisher fast ausnahmslos männlichen Jugendlichen vorbehalten sind.

Das machen wir anders:

Verringerung der
Ausbildungskosten
für kleinere und
mittlere Unternehmen

2.2.11 Die SPD unterstreicht ferner die Notwendigkeit, die Ausbildungskosten gerechter zu verteilen; viele Betriebe verlassen sich darauf, daß andere ihnen die Ausbildung abnehmen. Das sozialliberale Ausbildungsplatzförderungs-gesetz der Bundesregierung und das darin verankerte Umlageverfahren sind Bestandteil unserer Politik, weil damit die Ausbildungskosten bei kleineren und mittleren Betrieben des Handwerks und der Industrie verringert werden können, während Betriebe ohne Ausbildungsplätze an den Kosten für die Ausbildung beteiligt werden.

Überbetriebliche
Lehrwerkstätten
schaffen

2.2.12 In vielen Teilen des Landes kann eine zukunfts-gerechte Ausbildung nicht allein von den Ausbildungsstellen in den Betrieben abhängig bleiben. Wichtige Berufe können dort wegen der Struktur der Betriebe nicht erlernt werden. Das Recht auf eine zukunfts-gerechte Ausbildung darf aber nicht vom Wohnort abhängig sein. Deshalb wird eine SPD-geführte Landesregierung eine Ergänzung des betrieblichen Ausbildungsangebotes durch überbetriebliche Lehrwerkstätten anstreben. Wir verurteilen, daß diese Chance der überbetrieblichen Ausbildung in Rheinland-Pfalz bisher nicht genutzt wird, obwohl auch dafür erhebliche Bundeshilfen zur Verfügung stehen. Wir werden für finanzielle Unterstützung der Betriebe sorgen, die ihr betriebliches Ausbildungsangebot durch betriebliche Gemeinschaftslehrwerkstätten erweitern.

Das machen wir anders:

Aufbau von
Berufsfachschulen

2.2.13 Wo Betriebe nicht ausreichend Ausbildungsplätze anbieten können, wird eine SPD-geführte Landesregierung Berufsfachschulen schaffen, die eine schulische Ausbildung für breite Berufsfelder vermitteln. Insbesondere auf dem Lande wird dies die einzige Möglichkeit sein, um den Jugendlichen ohne Verlassen des Elternhauses eine zukunftssichere Ausbildung zu ermöglichen. Wir werden einen flächendeckenden Plan für den Aufbau eines Berufsfachschulsystems vorlegen.

Besondere Hilfen
für benachteiligte
Jugendliche

2.2.14 Besondere Aufmerksamkeit wird eine SPD-geführte Landesregierung den Jugendlichen widmen, die durch unser geltendes Bildungssystem besonders benachteiligt sind. Schüler ohne Abschluß der Hauptschule, Schüler der Sonderschulen und behinderte Jugendliche brauchen die Solidarität der ganzen Gesellschaft, um diese Nachteile wenigstens teilweise überwinden zu können. Deshalb wird eine SPD-geführte Landesregierung für sie besondere Hilfen schaffen.

2.2.15 Wir werden entschieden dafür eintreten, daß eine Gleichstellung der Gehilfen- und Gesellenprüfung mit den Berufsfachschulabschlüssen sichergestellt wird.

Mehr Studienplätze
schaffen

2.2.16 Die Zahl der Hochschulplätze entspricht in Rheinland-Pfalz nicht der Zahl der Studienbewerber. Für die Fehlplanungen ist die Landesregierung verantwortlich. Der Ausbau

Das machen wir anders:

Die Wahrheit über Berufschancen sagen - dennoch bleibt Hochschulausbildung ein Startvorteil

der Hochschulen ist daher fortzusetzen. Den Studenten muß aber klar gemacht werden, daß eine Ausbildung in einem Fach nicht immer sogleich den Einstieg in den jeweiligen Beruf ermöglicht. Dennoch bleibt die Ausbildung ein wesentlicher Startvorteil, wenn auch der Eingang in den Beruf gelegentlich zunächst auf anderem Weg versucht werden muß.

Hochschulkapazitäten besser nutzen

2.2.17 Da Ausbau und Erhaltung einer Hochschule mit hohen Kosten verbunden sind, muß eine rationelle Ausnutzung der Studienplätze erfolgen. Wir werden mehr Energie als die CDU-Landesregierung für Studienreform und Studienzeitverkürzung aufwenden. Es ist unerträglich, daß heute im Durchschnitt ein Studium an den Universitäten etwa um die Hälfte länger dauert, als dies im Studiengang vorgesehen ist. Die Kosten für Staat und Eltern sind erheblich. Um unsere Ziele verwirklichen zu können, werden wir versuchen, die schwierige soziale Lage der Studenten zu verbessern. Wir werden Maßnahmen ergreifen, um die Auszahlungen der Ausbildungsförderung zu beschleunigen und den Ausbau der Wohnstätten für Studenten schneller voranzutreiben.

2.2.18 Berufsberatung ist eine praktische Aufgabe, die viel Zeit für jeden einzelnen Jugendlichen in Anspruch nehmen sollte. Bei der gegenwärtigen Personalausstattung kann die Bundesanstalt für Arbeit diese Aufgabe nur sehr unvollkommen leisten. Hier hätte die Landesregierung eine wichtige Aufgabe.

Das machen wir anders:

Bildung besser mit
Berufschancen abstimmen

Wir werden die Vernachlässigung der Berufsberatung durch die CDU-Landesregierung beenden und ergänzend Wege der Berufsberatung eröffnen. Dafür ist es zunächst erforderlich, die Gründe für das Auseinanderklaffen von Bildungssystem und Berufswahl offen anzusprechen.

Die SPD erkennt, daß die Entwicklungen im Bildungsbereich mit denen in der Berufswelt immer weniger übereinstimmen. Die Hauptgründe für diese Tatsache liegen darin, daß das heutige Schulsystem und seine Verzahnung mit der Berufswelt zur Wahl akademischer Ausbildungswege verleitet, obwohl die Nachfrage nach Akademikern nicht entsprechend wächst.

Ein erster Grund ist, daß durch den Aufbau des Schulwesens in Hauptschule, Realschule und Gymnasium (und durch den Zwang, die Wahl zwischen diesen Schultypen schon nach dem 4. Grundschuljahr zu treffen), Eltern und Kinder veranlaßt werden, wenn irgend möglich, das Gymnasium zu wählen. Denn das Gymnasium läßt alle Chancen offen, Hauptschule aber auch Realschule engen dagegen die Chancen ein. Ein zweiter Grund ist mit dieser Tatsache unmittelbar verbunden: Schüler der Hauptschule und Absolventen der Berufsbildung haben in Rheinland-Pfalz nur selten die Möglichkeit, Berufe wie Steuerberater, Ingenieur, Arzt oder Richter zu ergreifen. Das bestehende Bildungswesen und seine falsche Verzahnung mit der Berufswelt benachteiligt insofern erneut alle, die den Weg der beruflichen Bildung gehen und später eine weitere Ausbildung aufnehmen möchten.

Das machen wir anders:

Es ist demnach falsch, wenn ausgerechnet die CDU der SPD vorwirft, sie habe das Abitur zum Bildungsziel für alle gemacht. Der Drang zum Gymnasium und Abitur besteht vielmehr, weil die CDU auf einer Wahl der Schulart nach dem 4. Schuljahr besteht, und weil die CDU dem Abschluß der Berufsbildung keine gleichen Rechte einräumt.

Auch eine SPD-geführte Landesregierung kann die Unvereinbarkeiten zwischen Bildungswesen und Berufswelt nicht kurzfristig ändern. Aber im Gegensatz zur CDU erkennt die SPD die wirklichen Ursachen dieser Fehlentwicklung. Eine politische Antwort auf die Probleme kann sicherlich nicht darin bestehen, erweiterte Bildungschancen jetzt wieder zu begrenzen. Eine gewisse Gegensteuerung ist möglich durch die Ablehnung von Übergangsprüfungen für Zehnjährige, die durch das Offenhalten der Wahl zwischen den Schultypen im 5. und 6. Schuljahr (Orientierungsstufe) und durch eine Verbreiterung der Weiterbildungschancen für Absolventen der Berufsbildung.

Neue Formen der Berufsberatung entwickeln:
Praktiker aus Gewerkschaften und Betrieben zur Beratung von Schulen und Eltern

Ein wichtiger Beitrag liegt aber auch im Ausbau der Berufsberatung. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Organisationen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern darin unterstützen, ihren Sachverstand in der Berufswelt durch freiwillig organisierte Berufsberatung der Jugendlichen und Eltern einzubringen. Die praktischen Erfahrungen müssen Eingang in die Schule finden.

Das machen wir anders:

Weiterbildung
und Bildungsurlaub
ausbauen

- 2.2.19 Das Weiterbildungsgesetz wird von uns so verbessert werden, daß durch Weiterbildungseinrichtungen ein flächendeckendes Angebot sichergestellt wird. Wir werden eine schrittweise Ausweitung des Bildungsurlaubs gesetzlich regeln.

Das machen wir anders:

Steigende Produktivität
für Humanisierung der
Arbeitswelt nutzen

3. Humanisierung der Arbeitswelt

Veränderte Bedingungen im internationalen Wettbewerb stellen ganze Branchen vor neue Probleme.

Der Einzug der Micro-Technik in die Arbeitswelt stellt uns vor völlig neue Aufgaben. Wurden bislang durch Technisierung manuelle Arbeitsvorgänge von Maschinen übernommen, so gilt dies heute für ganze menschliche Denkvorgänge.

Der Strukturwandel birgt Gefahren und Chancen. Die Gefahren bestehen darin, daß Arbeitslosigkeit den Leistungsdruck verschärft und sprunghafte Rationalisierungsmaßnahmen jede Humanisierung der Arbeitswelt unmöglich machen.

Angst um den Arbeitsplatz und Konkurrenz nehmen zu. Die Chance des Strukturwandels liegt darin, daß steigende Produktivität dazu genutzt wird, Arbeitnehmer von unnötigem Leistungsdruck (wie z.B. Schichtarbeit) zu befreien, Arbeitsplätze zu verbessern und humaner zu gestalten sowie Fabriken und Verwaltungen wieder für neue, auf Zusammenarbeit ausgerichtete Arbeitsformen zu öffnen, auch wenn diese angeblich zunächst weniger "rationell" erscheinen.

Wir sind entschlossen, die Chancen des Strukturwandels zu Gunsten des Arbeitnehmers zu nutzen.

Schichtarbeit abbauen

- 3.1 Aus der Erkenntnis, daß Schichtarbeit den biologischen Rhythmus verändert und schwerwiegende gesundheitliche Schäden hervorrufen kann, treten wir dafür ein, die Schichtarbeit kontinuierlich abzubauen. Insoweit werden wir auch die Tarifparteien bestärken, entbehrliche Schichtarbeit zu beseitigen.

Das machen wir anders:

- Durch Trennung der
Gewerbeaufsicht besseren
Arbeitsschutz gewähr-
leisten
- 3.2 Bei den Gewerbeaufsichtsämtern wird eine klare Trennung zwischen Arbeits- und Immissionschutz vorgenommen, damit diese ihrer ursprünglichen Aufgabe, dem Arbeitsschutz, wieder gerecht werden können und die Humanisierung des Arbeitslebens nicht unbemerkt unterlaufen wird.
Der Vollzug des Arbeitssicherheitsgesetzes und der Arbeitsstättenverordnung wird dementsprechend verstärkt, um insbesondere den betriebsärztlichen Dienst, arbeitsmedizinische Zentren sowie eine gesundheitsgerechte Arbeitsplatzgestaltung voranzutreiben.
Hierzu sind verstärkt Betriebsbegehungen erforderlich. Wir werden die Mittel für die Aus- und Fortbildung der Gewerbeaufsichtsbeamten erhöhen.
- Gesetz zum Schutz
der Arbeitnehmer
besser durchsetzen
- 3.3 Eine SPD-geführte Landesregierung wird durch finanzielle und organisatorische Hilfen den Übergang betroffener Arbeitnehmer in neue Berufe oder auch in andere Wohnbereiche erleichtern. Sie wird die Tarifparteien darin bestärken, durch Rationalisierungsschutzabkommen den betroffenen Arbeitnehmern die Übergänge zu erleichtern.
- Rationalisierungsschutzabkommen
unterstützen
- 3.4 Wir werden darauf hinwirken, daß der gesetzliche Kündigungsschutz für Arbeitnehmer verbessert wird.
Der Arbeitgeber muß beweisen, daß er der Verpflichtung einer sozial begründeten Auswahl bei Kündigungen nachgekommen ist. Lange Arbeitsgerichtsprozesse dürfen nicht zu Lasten der Arbeitnehmer wirken.
- Kündigungsschutz für
Arbeitnehmer erweitern
- 3.5 Eine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wird von uns abgelehnt.

Das machen wir anders:

Keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen

Bei der Heranziehung privater Firmen für öffentliche Aufgaben ist sicherzustellen, daß arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften weder verletzt noch umgangen werden.

Gleichstellungsbüro für Frauen

- 3.6 Eine SPD-geführte Landesregierung wird ein Büro für die Gleichstellung der Frauen schaffen. Das Gleichstellungsbüro hat die Aufgabe, zur Verwirklichung der grundgesetzlich garantierten Rechte der Frauen beizutragen, bestehende Diskriminierungen aufzuzeigen sowie gesetzliche Vorhaben und Verordnungen unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung zu prüfen. Außerdem soll das Büro für Gleichstellung realistische Programme entwickeln, wie die Gleichberechtigung der Frau in der Gesellschaft, insbesondere in der Arbeitswelt, schrittweise durchgesetzt werden kann.

4. Familie, Gesundheit, Freizeit

Familie

Familienpolitik soll Familien bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen und entlasten. Sie will Chancenungleichheiten ausgleichen und die Voraussetzungen in der Familie dafür sichern, daß sich die Menschen nach Neigungen und Begabungen frei entfalten können. Familienpolitik bezieht sich dabei auf die Familie in ihren vielfältigen Formen: Die Bindungen mehrerer Generationen sollen erhalten bleiben; Familienaufgaben müssen auch dort erfüllbar bleiben, wo Eltern berufstätig sind oder wo Krankheit die Existenz der Familie bedroht.

Der wirtschaftliche Wandel verändert die Voraussetzungen des menschlichen Lebens. Dies hinterläßt notwendigerweise auch tiefe Spuren im Familienleben. Eine Gesellschaft, die u.a. aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen oft die Ausbildung der Kinder fern von der Heimat der Eltern erforderlich macht, die den Wechsel des Berufes und des Arbeitsplatzes immer wieder fordert und die auf diese Weise den natürlichen Zusammenhang mehrerer Generationen in einer Familie beeinträchtigt, verlangt eine aktive Politik zur Erhaltung und Förderung der Familie.

Für die SPD steht deswegen seit jeher nicht nur der einzelne Mensch im Mittelpunkt der Politik, sondern auch seine Familie.

Dabei hat die SPD niemals versucht, die Widersprüche zwischen dem Ziel der Erhaltung eines möglichst unbeschädigten Familienbandes einerseits und der Realität der modernen Industriegesellschaft andererseits zu verschleiern oder zu beschönigen. Der

Das machen wir anders:

von allen Parteien ausgedrückte Appell zur Erhaltung der Familie ist nicht genug: Nur wer die Auswirkungen des wirtschaftlichen und sozialen Wandels, z.B. der zunehmenden Berufstätigkeit der Frau, für die Familie erkennt, kann auch erfolgreich Familienpolitik betreiben.

Daraus ergibt sich, daß familienpolitische Maßnahmen sich nicht auf wirtschaftliche Hilfen wie Kindergeld, Wohngeld, Ausbildungsförderung und Ermäßigungen bei der Benutzung öffentlicher Einrichtungen beschränken können, sondern sehr differenziert auf die Probleme und Bedürfnisse der einzelnen Familie eingehen müssen.

Familienpolitik ist auch kein abgrenzbarer Bereich neben Sozialpolitik, Wohnungs- und Städtebaupolitik, der Bildungspolitik, Arbeitsmarkt-, Steuer- und Wirtschaftspolitik. Familienpolitik ist in den verschiedensten Bereichen mitenthalten und muß im Interesse der Familien in diesem Zusammenhang gesehen werden. Sie ist Bestandteil einer umfassenden Gesellschaftspolitik.

In der Familienpolitik trägt das Land erhebliche Mitverantwortung. Besondere Aufgaben der Familienpolitik für eine SPD-geführte Landesregierung werden sein:

Echte Wahlfreiheit
der Frauen zwischen
Haushalt und Beruf

- 4.1 Die berufstätige Mutter, die Hausfrau, darf gegenüber der berufstätigen Frau ebenso wenig benachteiligt werden wie umgekehrt. Insofern werden wir Sozialdemokraten

längerfristig das Ziel verfolgen, die Eltern kleiner Kinder durch Elternurlaub in die Lage zu versetzen, ohne Verlust ihrer beruflichen Chancen ihre Erziehungsaufgabe

Das machen wir anders:

zu erfüllen. Die von der sozialliberalen Koalition in Bonn durchgesetzte Verlängerung des Mutterurlaubs auf sechs Monate ist ein wichtiger Schritt in dieser Richtung.

Tagesmütter - eine mögliche Hilfe

- 4.2 Soweit Frauen in dieser Gesellschaft gerne Erziehungsaufgaben bei Kindern erfüllen, sollen sie in dieser Tätigkeit nicht notwendigerweise auf die eigenen Kinder beschränkt sein. Die Tagesmutter - ein inzwischen erfolgreich erprobtes Modell - ist keine Entfremdung der Kinder von den Eltern, sondern dient der Zusammenarbeit der Menschen unterschiedlicher Aufgaben in der Erziehungsarbeit. Hierzu gehört auch die Förderung von Eltern- und Kindergruppen.

Kinderkrippen und Kinderhorte gesetzlich fördern

- 4.3 Insbesondere berufstätigen Eltern muß geholfen werden, damit sie kleine Kinder in Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorten eventuell auch ganztägig betreuen lassen können. Das Kindergartengesetz ist in dieser Bestimmung zu novellieren. Hierbei ist auch ein stufenweiser Abbau der Elternbeiträge nach Einkommensgrenzen vorzunehmen.

Stufenweiser Abbau der Elternbeiträge

Der Transport der Kinder ist so zu organisieren, daß auch nachmittags der Besuch des Kindergartens möglich ist. Die Transportwege sind durch kleinere Busse zu verkürzen.

Transport zum Kindergarten muß auch nachmittags möglich sein

Berufliche Tätigkeit und Erziehungsauftrag verbinden

- 4.4 Für alleinstehende Frauen oder Männer mit Kindern sollen bessere Möglichkeiten geschaffen werden, die Notwendigkeit beruflicher Tätigkeit mit dem Erziehungsauftrag zu verbinden. Teilzeitarbeitsplätze sind auch hier von Bedeutung.

Das machen wir anders:

- Familiendarlehen schon ab dem ersten Kind
- Förderung von Eheschließungen durch Familiengründungsdarlehen
- Familienfreundliche Wohnungen bevorzugen
- Familienerholung verbessern
- Erziehungsberatungsstellen in jedem Landkreis
- Drogenberatung ausbauen
- 4.5 Familien werden von der Landesregierung heute durch Darlehen ab dem zweiten Kind gefördert. Dies ist zu begrüßen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird für die Förderung Einkommensgrenzen schaffen, weil nicht einzusehen ist, daß mit knappen Steuermitteln auch wohlhabende Schichten zusätzlich gefördert werden. Sie wird dadurch die Familienförderung mit der Geburt des ersten Kindes ermöglichen und Familiengründungsdarlehen bei Eheschließungen einführen.
- 4.6 Der Zustand zahlreicher Wohnungen entspricht noch nicht dem erreichten Lebensstandard in der Bundesrepublik. Im Wohnungsbau sind insbesondere familienfreundliche Wohnungen zu fördern. Auf das Zusammenleben von Generationen im Familienverband ist verstärkt durch Größe und Anlage der Wohnungen in der Planung des öffentlichen Wohnungsbaus Rücksicht zu nehmen. Für die Sanierung und Modernisierung veralteter Wohneinheiten ist auch auf dem Lande zu sorgen. Spielwohnungen und Spielzimmer sollen die Wohnhäuser kinderfreundlicher machen.
- 4.7 Die Erholungsmöglichkeiten für Mütter, insbesondere größerer Familien, sind zu verbessern. Erholungsmöglichkeiten größerer Familien sind bei der Förderung des Fremdenverkehrs zu berücksichtigen.
- 4.8 Die Erziehungsberatung wird ausgebaut. Als vorläufiges Ziel muß jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt mindestens über eine Erziehungsberatungsstelle verfügen. Bei der Beratung der Eltern muß die Drogenberatung noch weiter ausgebaut werden.

Das machen wir anders:

Verbraucherschutz
erweitern

- 4.9 In allen Landkreisen und kreisfreien Städten soll mindestens eine Verbraucherberatungsstelle eingerichtet werden.

- 4.10 Ausländische Arbeitnehmer sind Gäste, die erhebliche Beiträge zur Wirtschaft unseres Landes leisten. Sie behalten in der Regel auch bei uns ihre Lebensgewohnheiten bei. Es muß verhindert werden, daß sich auf diese Weise Wohnbereiche, insbesondere in den Städten, abkapseln und isolieren.

Die Aufgaben, die ausländische Arbeitnehmerfamilien unserer Gesellschaft stellen, sind in der Bundesrepublik noch nicht bewältigt. Dies gilt auch für Rheinland-Pfalz.

Ausländische Mit-
bürger besser
integrieren

Eine SPD-geführte Landesregierung wird davon ausgehen, daß sich hier eine sozialpolitische Aufgabe von hoher Bedeutung stellt. Sie wird diese Aufgabe in allen Bereichen (Wohnung, Schulen, Gesundheit) anpacken und zu lösen versuchen.

Gesundheit

- 4.11 Gesundheitspolitik soll die Voraussetzungen dafür schaffen, daß alle Bürger gleiche Chancen zur Erhaltung und Wiederherstellung ihrer Gesundheit haben. Dies umfaßt Vorsorge, Früherkennung, Behandlung und Rehabilitation. Die gesundheitliche Versorgung muß so weiterentwickelt und verbessert werden, daß ineinandergreifend vorbeugende, früherkennende, heilende und rehabilitierende Maßnahmen menschlich, wissenschaftlich, technisch, modern und betriebswirtschaftlich rationell sein können.

Das machen wir anders:

In der gesundheitlichen Versorgung hat Rheinland-Pfalz noch erheblichen Nachholbedarf, besonders in den ländlichen Räumen.

Während im Bundesdurchschnitt 19,9 Ärzte auf 10 000 Einwohner kommen, sind es in Rheinland-Pfalz nur 17,9. Das bedeutet, daß im Bundesdurchschnitt ein Arzt 503 Einwohner, in Rheinland-Pfalz aber 558 Einwohner betreuen muß. Nimmt man die Großstädte bei dieser Berechnung aus, so ergeben sich für die ländlichen Räume noch weit schlechtere Zahlen.

Vor allem ist die Versorgung mit Fachärzten, insbesondere Kinder-, Frauen- und Zahnärzten, auf dem Lande völlig unzureichend.

Die von der CDU vorgesehene Zentralisierung der Geburtshilfe mit Überlangen Wegen und der geplanten Schließung geburtshilflicher Abteilungen an kleineren und mittleren Krankenhäusern wird zu einer Entleerung des ländlichen Raumes in der Versorgung mit Frauenärzten führen und wieder mehr, heute nicht mehr zu verantwortende Hausgeburten nach sich ziehen.

Ein besonderes Problem stellt die Versorgung mit Zahnärzten dar. Es gibt nicht nur weniger Zahnärzte für die Bevölkerung als in anderen Bundesländern. Die Entwicklung verschlechtert sich ständig. Kamen 1960 noch 4,6 Zahnärzte auf 10 000 Einwohner, so sind es heute nur noch 4,4.

- 4.12 Die Niederlassung von Allgemeinmedizinern und Fachärzten im ländlichen Bereich ist durch gezielte Maßnahmen zu fördern. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften, den Krankenkassen, den Kassenärztlichen Vereinigungen, den Trägern von Gesundheitseinrichtungen und der Landesregierung muß die bestehenden Schwierigkeiten beseitigen.
- Ärztliche Versorgung
auf dem Lande ver-
bessern

Das machen wir anders:

Eine SPD-geführte Landesregierung wird in Einzelfällen, in denen die Niederlassung von Fachärzten auf Schwierigkeiten stößt, mit den berufsständischen Organisationen Kontakt aufnehmen.

Die Möglichkeiten ärztlicher Bedarfsplanung gemäß Krankenversicherungsweiterentwicklungsgesetz (KVWG) müssen ausgeschöpft werden.

4.13 Wir werden das Notarztsystem der Ärzte und Zahn-
Notarztsystem an
Wochenenden und
Feiertagen verbessern: Ärzte über das Wochenende und an Feiertagen im
Einvernehmen zwischen ärztlicher Selbstverwal-
tung, Krankenkassen und Gemeinden flächen-
deckend organisieren und durch Funkverbindungen
über die Rettungsleitstellen sicherer machen.
Dies gilt auch für den Notfalldienst der
Apotheken.

Rettungsdienst aus-
bauen - Organisation
überdenken
In diesem Zusammenhang werden wir den Rettungs-
dienst im Land beschleunigt ausbauen. Die Zu-
sammenarbeit der Rettungsorganisationen muß ver-
bessert werden.

4.14 Wir werden den Krankenhauszielplan 1977 zurück-
ziehen und bis 1981 einen neuen Krankenhaus-
plan vorlegen. Dieser wird unter Beteiligung
Krankenhausziel-
plan: Aufgabe aller
Beteiligten
der Krankenhausträger und Krankenhausleitungen,
der Ärztevertretungen, der Kommunalen Spitzen-
verbände, der Krankenkassen und der Gewerk-
schaften sowie der Arbeitgeberverbände erstellt
werden. Eine unzweckmäßige Konzentration der
Krankenhäuser ist zu vermeiden. Menschliche
und wohnungsnahе Krankenversorgung ist zu
berücksichtigen. Das Krankenhausreformgesetz
wird so geändert, daß die produktive Beteiligung
aller Ärzte und Mitarbeiter an den Ent-
scheidungen in ihrem Aufgabenbereich möglich ist.
Es muß überall durchgesetzt werden, daß Privat-
honorare von Ärzten auch denen zugute kommen
können, die erhebliche medizinische Leistungen
im Einzelfall erbracht haben.

Das machen wir anders:

- Gesundheitsaufklärung
und Vorsorgehilfen im
Vordergrund
- 4.15 Der öffentliche Gesundheitsdienst ist mit Schwerpunkt auf Gesundheitsaufklärung, Gesundheitserziehung und Vorsorgehilfen weiter zu entwickeln. Die verstärkte Aufklärung über eine gesunde Lebensweise und die Entwicklung wirksamer Methoden der Verhaltensbeeinflussung wird eine vorrangige Aufgabe der gesundheitlichen Aufklärung sein. Besonderen Nachdruck werden wir auf die gesundheitliche Aufklärung der Jugendlichen legen.
- Kostendämpfung im Gesundheitswesen durch
Landesgesundheitsrat
- 4.16 Eine SPD-geführte Landesregierung wird die von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen tatkräftig unterstützen. Jedes unangemessene Ansteigen der Versicherungsbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist zu vermeiden. Der Landesgesundheitsrat soll ein Beratungsgremium werden, das in freier Selbstverantwortung die Probleme des Gesundheitswesens diskutieren und Vorschläge für Regierung und Gesetzgebung zur Weiterentwicklung erarbeiten kann.
Im Sinne der "Konzertierten Aktion" im Bund sollen so auf Landesebene die am Gesundheitswesen Beteiligten an der Beeinflussung der Kostenentwicklung mitwirken.
- Von der Sozialstation
zum Sozialzentrum
- 4.17 Sozialdemokraten befürworten das Konzept krankenhausentlastender Einrichtungen und sind für die Entwicklung und den Betrieb von Sozialstationen. Der Einzugsbereich einer Sozialstation muß so sein, daß angemessene Leistungen möglich sind. Sozialstationen mit einem Betreuungsbereich über 30 000 Einwohner lehnen wir ab.
Wir werden das Konzept der Sozialstationen

Das machen wir anders:

so weiterentwickeln, daß sie als Sozialzentren anstelle der Sozialhilfeämter bei Verbandsgemeinden und kreisfreien Städten auch in allgemeinen Lebensfragen beratend tätig sein können. Die Zusammenarbeit der Sozialstationen mit Ärzten und Krankenhäusern in einem System medizinischer und sozialer Versorgung ist Voraussetzung für ein Gelingen dieses Konzeptes. Die SPD wird deshalb regionale Gesundheitskonferenzen fördern, in denen unter Beteiligung der Träger der Sozialstationen, der Ärzte, der Krankenhäuser und der betreuten Gemeinden die Kooperation gestärkt wird.

Regionale Gesundheitskonferenzen für bessere Zusammenarbeit

- 4.18 In Rheinland-Pfalz sind zahlreiche Altenheime und Altenpflegeheime überaltert. Sie entsprechen den Bedürfnissen unserer Zeit nicht mehr. Eine SPD-geführte Landesregierung wird Hilfen anbieten, die geeignet sind, die selbständige Lebensführung der älteren Menschen so lange wie irgend möglich zu erhalten.

Mehr Altenwohnungen und Altenheimplätze - Modernisierung überalterter Heime

Wir werden deswegen den Altenplan an die neuen Erkenntnisse einer zeitgerechten Altenhilfe anpassen, wobei insbesondere Altenwohnungen und Altenpflegeheime verstärkt gefördert werden sollen. In Ergänzung dazu ist die Schaffung von ambulanten geriatrischen Einrichtungen dringendes Anliegen der Sozialdemokraten. Zur Modernisierung erhaltenswerter Pflegeheime und überkommener Pflegeanstalten wird ein Sonderprogramm erstellt.

- 4.19 Eine SPD-geführte Landesregierung wird Modellversuche durchführen, um ältere Menschen anzuregen, ehrenamtlich anderen Menschen zu helfen, die der Fürsorge und Zuwendung bedürfen.

Modellversuche zur Förderung der tätigen Mithilfe

- 4.20 In Sorge um die Behinderten werden wir die Unterstützung der behinderten Menschen im Land weiter verstärken. Bei allen Behördenbauten sowie öffentlichen Straßen- und Wegebaumaßnahmen werden behindertengerechte Auflagen erteilt.

Behindertengerecht bauen

Das machen wir anders:

Landesbeauftragten für
Behinderte schaffen

- 4.21 Die Eingliederung und Wiedereingliederung von Behinderten findet unsere besondere Unterstützung. Ein "Landesbeauftragter für die Behinderten" wird eingesetzt. Er koordiniert politische und verwaltungsmäßige Initiativen und Maßnahmen, die für die Behinderten von Bedeutung sind. Er soll sich um den behindertengerechten Bau bzw. Umbau öffentlicher Gebäude, den Ausbau der Werkstätten für Behinderte, um arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Regelungen zur Früherkennung von Behinderungen bemühen.

Freizeit und Sport

Vereinsanlagen in das
Sportförderungsgesetz
einbeziehen

- 4.22 Sport fördert und erhält die Gesundheit und Leistungsfähigkeit, trägt zur Erziehung und Bildung des Menschen bei, vermittelt in Schulen, Vereinen und anderen Gemeinschaften soziale Grunderfahrungen und ermöglicht eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Deshalb muß den Turn- und Sportvereinen die Hilfe des Landes zuteil werden.
- 4.23 Eine SPD-geführte Landesregierung wird auch vereinseigene Anlagen in das Sportförderungsgesetz einbeziehen. Landesmittel werden verstärkt für die Schaffung von Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen eingesetzt, um Vereinsmitgliedern, nicht vereinsgebundenen Bürgern und den Schulen bessere Möglichkeiten im Sport zu bieten.

Das machen wir anders:

Genug Sportlehrer ein-
stellen -
Mehr Sport für Berufs-
schüler

4.24 Die Aufgabe des Schulsports wird heute in Rheinland-Pfalz nicht ausreichend erfüllt. In der Personalplanung ist eine angemessene Zahl von Planstellen für Sportlehrer vorzusehen. Für einen großen Teil der Jugendlichen, die ab 15 eine betriebliche Ausbildung erhalten, findet in den Berufsschulen kein Sportunterricht statt. Die Sportanlagen in den Berufsschulen sind unzureichend. Eine SPD-geführte Landesregierung wird hier für einen Ausgleich sorgen.

4.25 Da der Sport auch für behinderte Menschen wichtige Aufgaben erfüllt, wird eine SPD-geführte Landesregierung Programmen der Versehrten-Sportvereine und -Verbände sowie Maßnahmen für körperbehinderte Kinder und Jugendliche besondere Aufmerksamkeit widmen.

Das machen wir anders:

5. Kommunal- und Kulturpolitik

5. 1 Kommunalpolitik

Die Gemeinden sind nicht nur Träger des öffentlichen Lebens. In seiner Gemeinde erlebt der Bürger Demokratie, nimmt er an ihr teil.

Bundes- und Landespolitik setzen Rahmenbedingungen für die Politik in den Gemeinden. Die meisten landespolitischen Aktivitäten bedürfen der Umsetzung durch die Kommunalpolitik.

Die rheinland-pfälzische Verwaltungsreform steht auf dem Prüfstand. Es hat sich gezeigt, daß durch die Gebiets- und Verwaltungsreform der Selbstverwaltungsbereich der Ortsgemeinden übermäßig eingeschränkt wurde. Wichtige Probleme der Kommunen, wie die Versorgung mit Bürgerhäusern, Kanalisation, Ortsumgehungen, Altenversorgung, Jugend- und Altenzentren wurden vernachlässigt.

Keine Landesgesetze
auf Kosten der Kommunen

- 5.1.1 Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Verpflichtung strikt einhalten, durch Landesgesetze verursachte Kosten den Gemeinden voll zu ersetzen. Zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung wird sie bei Gemeinden in einem kommunalen Rat an der Vorbereitung der Gesetzgebung des Landes beteiligen.

Ein kommunaler Rat
wird geschaffen

Das machen wir anders:

Landrat vom Kreis-
tag wählen

5.1.2 Der staatliche Landrat hat auch in Rhein-
land-Pfalz keine Berechtigung mehr. Deshalb
soll er künftig vom Kreistag gewählt werden.

Mehr Eigenverant-
wortlichkeit der
Gemeinden: Finanz-
ausgleich verbessern

5.1.3 Zur Erhaltung der Eigenverantwortlichkeit
der Gemeinden wird eine SPD-geführte Landes-
regierung den kommunalen Finanzausgleich
verbessern und den Anteil der frei verfüg-
baren Finanzausgleichungen am Finanzausgleich
vergrößern.

Eigenverantwortungs-
bereiche der Orts-
gemeinde sichern

5.1.4 Zwischen den kommunalen Gebietskörper-
schaften (Landkreise, Städte, Verbandsge-
meinden, Ortsgemeinden) werden die Selbst-
verwaltungsangelegenheiten so aufge-
teilt, daß die Eigenverantwortlichkeit
der Ortsgemeinden garantiert wird.

Bürgerhäuser nicht
mehr dem Zufall über-
lassen: systematisch
fördern

5.1.5 Für den Bestand der Gemeinden ist das kul-
turelle Leben und das Vereinsleben von ent-
scheidender Bedeutung. Deswegen werden wir
durch die Förderung des Baues von Bürger-
häusern das gesellschaftliche Zusammenleben
in den Gemeinden unterstützen. Dazu ist
eine Übersicht über den Bedarf an Bürger-
häusern zu erstellen, die auch bereits vor-
handene Einrichtungen, wie zum Beispiel
leerstehende Schulhäuser, erfaßt, die mit
Hilfe des Landes in Bürgerhäuser umgewandelt
werden können.

Das machen wir anders:

5.1.6 Der Strukturwandel stellt nicht nur die ländlichen Räume, sondern auch die Städte vor erhebliche Probleme. Verluste von Arbeitsplätzen, Abwanderung vorwiegend jüngerer und einkommensstarker Bevölkerungsgruppen in die Randgemeinden, Konzentration ausländischer Arbeitnehmer, Umwelt- und Verkehrsanforderungen sind typische Belastungen der Städte, insbesondere in Ballungsräumen. Zugleich wird von den Städten erwartet, daß sie kulturelle und soziale Einrichtungen für ganze Regionen zur Verfügung stellen. Sozialdemokratische Landes- und Kommunalpolitik wird dazu beitragen, die Wohnattraktivität der Großstädte zu erhalten bzw. wieder herzustellen und das zum Umland bestehende Wohnwertgefälle abzubauen. Dabei kommt es vor allem darauf an,

- die Zweckentfremdung erhaltenswerter Wohnungen im Innenstadtbereich zu verhindern,
- das innerstädtische Wohnungsangebot qualitativ zu verbessern durch Modernisierung der erhaltenswerten Bausubstanz und durch Wohnungsneubauten, z.B. in Form von Stadtwohnungen,
- die Qualität der Wohnbereiche durch die Schaffung verkehrsberechtigter Zonen, von Grünbereichen und Spielmöglichkeiten für Kinder zu verbessern,
- den Individualverkehr auf das für die Lebensfähigkeit der Stadt notwendige Maß zu beschränken. Deshalb ist der öffentliche Nahverkehr weiter auszubauen, Rad- und Fußgängerwege sind zusätzlich anzulegen, Umgehungsstraßen sollen den Durchgangsverkehr um die Kernbereiche herumführen,
- alle Maßnahmen zu treffen, soweit auf den Individualverkehr nicht verzichtet werden kann, um die Belastungen für die Bevölke-

rung auf ein Mindestmaß zu beschränken durch den Einbau von Schallschutzmaßnahmen an den Straßen und/-oder an den Gebäuden selbst.

Zur Erreichung dieser Ziele werden wir Sozialdemokraten nicht nur das, vor allem schon durch den Bund geschaffene, rechtliche Instrumentarium verbessern, sondern vor allem Mittel gezielt zur Verfügung stellen, mit denen gleichzeitig privates Investitionspotential mobilisiert werden kann.

- 5.1.7 Weitere kommunalpolitische Grundsätze sind in dem Wahlprogramm der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik Rheinland-Pfalz enthalten.

5.2 Kulturpolitik

- 5.2.1 Rheinland-Pfalz ist ein Kernland europäischer Kultur. Unsere Kulturpolitik darf nicht auf wenige Ballungsräume beschränkt bleiben. Eine SPD-geführte Landesregierung wird dem Gesichtspunkt der rheinland-pfälzischen kulturellen Tradition dadurch verstärkt Rechnung tragen, daß sie alle Regionen in die Kulturpolitik einbezieht. Neben der Förderung von Orchestern, Theatern und Jugendmusikschulen werden wir folgende Maßnahmen ergreifen:

- 5.2.2 Der Ausbau regionaler Museen und die Unterstützung der Volkskunde soll verstärkt werden.

Da heute nicht mehr die Möglichkeit besteht,

Das machen wir anders:

Bilder und Skulpturen aus allen Bundesländern für Rheinland-Pfalz nutzen

für gewisse Museumsneugründungen ausreichend Bilder und Skulpturen zu kaufen, wird der Austausch von Bildern und Skulpturen aus den großen, nicht ständig ausgestellten Beständen der Museen anderer Bundesländer angestrebt. Es muß möglich gemacht werden, regionalen Museen des Landes Rheinland-Pfalz Bilder und Skulpturen zu zeigen, die wegen der begrenzten Ausstellungsfläche der anderen Bundesländer dort in den Archiven verwahrt werden.

5.2.3 Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Renovierung wichtiger Traditionsstätten und kultureller Baudenkmäler verstärkt unterstützen.

Dem guten Film eine Chance: öffentliche Unterstützung für Filmtheater im ländlichen Raum

5.2.4 Insbesondere auf dem Lande und in den kleinen Städten ist es heute nahezu unmöglich geworden, künstlerisch wertvolle Filme zu sehen. Die Bevölkerung ist hier auf das Fernsehen angewiesen.

Die Erfahrung, die in anderen Bundesländern mit öffentlich unterstützen Filmtheatern für künstlerisch wertvolle Filme gemacht wurde, ist beachtlich und könnte auch für Rheinland-Pfalz angewandt werden. In kleineren und mittleren Städten könnten Filmtheater für das Zeigen qualitativ hochwertiger Filme unterstützt werden. Eine SPD-geführte Landesregierung wird ein entsprechendes Programm in Rheinland-Pfalz durchsetzen.

Das machen wir anders:

6. Persönliche Freiheit sichern und ausbauen

Das SPD-Konzept:
Durch Freiheit zur
Sicherung der Demokratie

Die hochentwickelte Industriegesellschaft enthält Chancen zur Vermehrung der persönlichen Freiheit, aber auch erhebliche Gefahren für ihre Einengung. Die gegenwärtige politische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik Deutschland ist wesentlich davon geprägt, daß sozialliberale Politik weitere Chancen für den Ausbau persönlicher Freiheit sieht, während die CDU/CSU glaubt, gewissen Bedrohungen der Gesellschaft nur durch eine Einengung der persönlichen Freiheiten begegnen zu können.

6.1 Bürokratie

Den Bürokratismus
aktiv bekämpfen

Eine komplizierte Welt braucht Verwaltung. Aber Verwaltung muß nicht unpraktisch oder kompliziert sein.

Im Kampf gegen den Bürokratismus macht es sich die Landesregierung zu leicht, wenn sie vorwiegend auf die Bundesverantwortung verweist. Alle Ebenen - Bund, Länder und Gemeinden - haben in den vergangenen Jahrzehnten in ihrem Versuch, eine komplizierte Industriegesellschaft gerecht und mit Lebensqualität zu ordnen, nicht nur sinnvolle Gesetze und Verordnungen erlassen. Daß es Vorschriften gibt, die von Anfang an hätten praktischer und besser gemacht werden können, und die inzwischen von der Entwicklung überholt sind, ist unbestritten.

Das machen wir anders:

Die Bundesregierung und auch einige Bundesländer haben bereits aktiv Maßnahmen zur Vereinfachung der Bürokratie ergriffen. Die Landesregierung hat bisher zur wichtigen Frage der übermäßigen Bürokratie noch kein zusammenfassendes Konzept vorgelegt.

- Der Bürger ist kein Behördenbote
- 6.1.1. Der Bürger ist kein Behördenbote. Wir werden durchsetzen, daß jeder Bürger, der eine behördliche Bescheinigung anfordert, in der Regel nur einen Behördengang zu leisten hat. Wenn für eine Bescheinigung weitere Unterlagen durch andere Behörden erforderlich sind, soll grundsätzlich die für die Ausstellung der beantragten Bescheinigung verantwortliche Behörde sich bei den anderen Behörden um entsprechende Zusatzerklärungen selbst bemühen. Behörden müssen den Verkehr untereinander organisieren, anstatt den Bürger von Amt zu Amt zu schicken.
- Entrümpelung des Formularwesens
- 6.1.2 Daneben wird eine SPD-geführte Landesregierung eine Zusammenstellung für alle Formulare vornehmen, die heute in Rheinland-Pfalz vorhanden sind und dazu Vereinfachungsvorschläge einbringen.
- Behördenzeiten auf Berufstätige abstimmen
- 6.1.3 Behördenöffnungszeiten sind mit den Arbeitsstunden der Berufstätigen im Lande abzustimmen, damit der berufstätige Bürger sich sinnlose Behördengänge zu geschlossenen Schaltern erspart.

Das machen wir anders:

Gesetzes- und
Verwaltungsvor-
schriften verein-
fachen

6.1.4 Zur umfassenden Vereinfachung und Überprüfung bestehender Verwaltungs- und Gesetzesvorschriften wird eine SPD-geführte Landesregierung eine fachkundige Kommission aus Bürgern, Selbständigen und Arbeitnehmervertretern einsetzen und ihr Termine zur Durchführung setzen.

Zusammengefaßte Ver-
antwortung im Kampf
gegen den Bürokratismus

6.1.5 In der Staatskanzlei wird ein leitender Landesbeamter mit der Bereinigung überflüssiger oder unzumutbarer Gesetzesanforderungen und Verwaltungsvorschriften betraut.

6.2 Datenschutz

Immer öfter werden persönliche Daten der Bürger elektronisch verarbeitet. Darin liegt eine große Chance für schnelles und kostengünstiges Arbeiten der öffentlichen Verwaltung. Niemand kann aber verkennen, daß elektronische Datenverarbeitung im öffentlichen und privaten Bereich auch erhebliche Gefahren in sich birgt: unbefugte und unkontrollierte Verwendung von Daten, ihr unbefristetes Aufbewahren und wachsende Möglichkeiten der uferlosen Datenerfassung sind Beispiele dafür.

6.2.1 Wir werden für eine wesentliche Verbesserung des bestehenden Schutzes in den Gesetzen des Landes und des Bundes eintreten und die Überwachung des Datenschutzes durch einen unabhängigen Beauftragten anstreben.

Ein Datenschutzbe-
auftragter für das
Land

Das machen wir anders:

6.3 Pressefreiheit

Voraussetzung eines freien Rechtsstaates ist eine freie Presse. Die SPD tritt für die Freiheit der Journalisten in Funk, Fernsehen und Presse ein.

Keine Privatisierung
von Rundfunk oder
Fernsehen

Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Meinungsfreiheit des Rundfunks nachdrücklich gewährleisten. Sie widersetzt sich den Tendenzen zur Privatisierung dieses Mediums. Die SPD Rheinland-Pfalz widersetzt sich geplanten Kabelfernseh-Projekten, wenn damit der Versuch unternommen wird, das bewährte öffentlich-rechtliche Rundfunksystem zugunsten eines Privatfernsehens aufzubrechen. Eine Politik, die den kritischen Journalisten zu parteipolitischem Wohlverhalten veranlassen will, werden wir nicht mitmachen.

6.4 Gegen Schnüffelei: Verfassungsgemäße
Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst

Unsere Demokratie beruht auf der Loyalität der Bürger zu den tragenden Prinzipien eines freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates. Deshalb hat auch der Staat von der Verfassungstreue seiner Bürger auszugehen. Zugleich haben die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes ihr Amt im Sinne der Verfassung wahrzunehmen. Das schließt aus, daß der aktive Gegner des Grundgesetzes im öffentlichen Dienst beschäftigt wird. Wir werden unseren Staatsdienst vor Verfassungsgegnern schützen.

Das machen wir anders:

Schutz vor Verfassungs-
gegnern, aber ein Ende
der Schnüffelei

- 6.4.1 Wir werden aber Schluß machen mit der Regelüberprüfung aller Bewerber für den öffentlichen Dienst. Seit 1973 wurden in Rheinland-Pfalz mehr als 61 000 Bürger vor ihrer Einstellung in den öffentlichen Dienst überprüft. Nur bei einem von 1 000 Überprüften wurde Ablehnung empfohlen. Dies macht deutlich: derart umfassende Ermittlungen stehen in keinem Verhältnis zu ihrem möglichen Ertrag. Jeden zu überprüfen, diskreditiert die freiheitliche Demokratie und erschütterte das Vertrauen in sie.

Von diesen Grundsätzen hat sich die SPD-Landtagsfraktion bei ihrem Antrag zur Einstellungspraxis in den öffentlichen Dienst leiten lassen. Das dort vorgeschlagene Verfahren will eine SPD-Landesregierung durchsetzen. Es sichert ein rechtsstaatlich einwandfreies Einstellungsverfahren ohne Regelüberprüfung und stellt auf das Verhalten des einzelnen Bewerbers ab.

Kein Verfassungsschutz in den
Schulen

- 6.4.2 Eine SPD-Landesregierung wird sofort die Überprüfung von Jugendlichen einstellen. Der Verfassungsschutz muß von den Schulen fernbleiben.

6.5 Kriminalität

Die wachsende Kriminalität hängt mit den allgemeinen Entwicklungen der Industriegesellschaft zusammen. Entgegen der Darstellung der CDU ist diese Entwicklung in allen In-

Das machen wir anders:

Kriminalität:

Auch die Ursachen bekämpfen

dustriestaaten erkennbar, also keine Besonderheit der Bundesrepublik Deutschland. Jede Bekämpfung der Kriminalität hat zunächst bei den sozialen Ursachen anzusetzen; darüber hinaus sind wirksame Polizeiarbeit, gerecht und schnell arbeitende Gerichte sowie eine Wiedereingliederung von Straftätern notwendig.

Mehr Polizeibeamte für die Sicherheit der Bürger

6.5.1 Über der notwendigen Bekämpfung des Terrorismus darf die alltägliche Sicherheitsaufgabe des Staates gegenüber den Bürgern nicht vernachlässigt werden. Diese Gefahr besteht jedoch in Rheinland-Pfalz, da hier in den vergangenen Jahren keine ausreichende Zahl von Polizeibeamten für den Sicherheitsbereich eingestellt wurden.

Bürgernaher Polizeischutz

6.5.2 Für die Sicherheit des einzelnen Bürgers ist es am wichtigsten, daß ein Polizist im Notfall in erreichbarer Nähe ist. Eine technisch perfekt ausgerüstete Polizei nutzt wenig, wenn sie nicht schnell genug zur Verfügung steht. Wir treten deshalb jeder unzweckmäßigen Zentralisation der Polizeidienststellen entgegen. Gerade auch in den ländlichen Gebieten ist der "Schutzmann an der Ecke" für die Sicherheit der Menschen unerlässlich.

6.6 Terrorismus

Der Terrorismus ist zu einer gefährlichen Bedrohung geworden. Seiner Bekämpfung

Das machen wir anders:

Nicht neue Gesetze,
sondern harte Praxis
bekämpfen den
Terrorismus

kommt eine vorrangige Bedeutung in der Sicherheits- und Rechtspolitik zu. Sie darf nicht unter Kompetenzgerangel zwischen Bundes- und Landesbehörden leiden. Die Erfahrung zeigt, daß die besten Erfolge nicht durch den Erlass neuer Gesetze, sondern durch das Zusammenwirken konzentrierter Information und intensiver Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten zu erzielen sind. Aus diesem Grund wird eine SPD-geführte Landesregierung auf eine enge Koordination und gegenseitige Abstimmung hinwirken.

6.7 Verfassungsschutz

Verfassungsschutz ja -
aber parlamentarische
Kontrolle

Die SPD Rheinland-Pfalz weiß, daß ein moderner Industriestaat in einer offenen Welt nicht ohne Nachrichtendienste und Verfassungsschutz auskommen kann. Sie sieht jedoch auch die Gefahren für die grundgesetzlich garantierten Freiheiten, die durch unkontrollierte Nachrichtendienste entstehen können. Eine SPD-geführte Landesregierung wird daher auch in Rheinland-Pfalz für eine Kontrolle des Verfassungsschutzes durch ein unabhängiges Parlamentariergremium eintreten, wie es auf Bundesebene schon verwirklicht ist.

Das machen wir anders:

7. Rheinland-Pfalz im Bundesrat

Der Einfluß, den Landesregierungen über den Bundesrat auf die Bundespolitik nehmen können, ist in den letzten Jahren dadurch besonders deutlich geworden, daß häufig die Mehrheit der CDU-geführten Bundesländer versucht hat, die sozialliberale Mehrheit des Bundestages in ihrer Politik zu blockieren. Dabei geht es nicht nur um unsere Innenpolitik und häufig nicht einmal um wirkliche Länderinteressen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist heute stärker als in der Vergangenheit mit der internationalen Politik verflochten. Dies gilt nicht nur, aber sicherlich besonders innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. In unserer bundesstaatlichen Ordnung ist für zahlreiche Fragen, die internationale oder europäische Probleme berühren, auch der Bundesrat zuständig. Die Länderregierungen haben deswegen im Laufe der Jahre zusätzliche Verantwortung übernommen. Die Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung, Bundestagsmehrheit und Bundesrat hat eine für die Zukunft unseres Landes neue Bedeutung erlangt.

7. 1 Bundesrat und Innenpolitik

Während der vergangenen Jahre hat die CDU/CSU, die in Bonn noch immer nicht in die Aufgabe einer konstruktiven Opposition

Das machen wir anders:

hineingewachsen ist, wiederholt versucht, die Politik der Regierung Helmut Schmidt über den Bundesrat zu blockieren. An dieser Blockadepolitik war auch die Landesregierung Rheinland-Pfalz beteiligt; auch die Regierung Vogel hat sich gegen die Wirtschaftspolitik des Bundeskanzlers und gegen die Außenpolitik von Helmut Schmidt und Hans Dietrich Genscher gestemmt.

Angesichts der Tatsache, daß der starke Mann der CDU/CSU, Franz-Josef Strauß, nunmehr Ministerpräsident von Bayern ist, besteht die Gefahr, daß der Bundesrat in Zukunft noch stärker als bisher für parteipolitische Oppositionszwecke mißbraucht wird.

Die Politik von Helmut Schmidt wird von uns nicht blockiert

- 7.1.1 Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird die rheinland-pfälzischen Landesinteressen in Bonn energisch vertreten. Wo sich aus dieser Sicht Gegensätze zur Bundesregierung ergeben, werden diese auch von Sozialdemokraten nicht zurückgestellt werden. Die Landesregierung trägt die Verantwortung für die Landesinteressen. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird aber die Regierung Helmut Schmidt überall dort loyal unterstützen, wo die gesamtstaatlichen Interessen dies fordern.

Das machen wir anders:

7.2 Bundesrat mitverantwortlich für Friedens-
und Entspannungspolitik

Die dramatischen Verhandlungen zwischen Bundesrat und Bundesregierung im Jahre 1976 über die Vereinbarungen mit Polen haben für alle Bürger deutlich gemacht, daß Landtagswahlen auch eine außenpolitische Bedeutung haben können. Auch in den kommenden Jahren kann dem Bundesrat in außenpolitischen Fragen immer wieder eine wichtige Rolle zufallen. Deswegen muß der Bürger auch bei der Landtagswahl am 18. März 1979 die außenpolitischen Unterschiede zwischen den Parteien kennen. Sie sind überdeutlich.

Die SPD hat in der Koalition die Friedens- und Entspannungspolitik geführt. Die CDU/CSU dagegen hat im Bundestag (und im Bundesrat, wo dieser zuständig war) nicht nur gegen die Ostverträge, sondern z.B. auch gegen den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Atomsperrvertrag, gegen den Beitritt zu den Vereinten Nationen und gegen die Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki gestimmt. Die CDU/CSU steht im Grunde außenpolitisch noch immer auf den Positionen des Kalten Krieges. Sie sagt zwar heute, daß sie die geschlossenen Verträge respektieren wird; aber sie würde diese Politik nicht durch neue Entscheidungen und Verträge fortsetzen. Sie verfolgt eine andere Politik als Helmut Schmidt.

In den kommenden Jahren werden aber die internationalen Probleme nicht geringer werden. Bei Fortdauer der Ost-West-Gegensätze

Das machen wir anders:

entstehen neue, zum Teil brisante Nord-Süd-Spannungen. Friedens- und Verständigungspolitik bleibt also für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland entscheidend.

In der Frage der Europäischen Integration und des Atlantischen Bündnisses gibt es keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien. Eine SPD-geführte Landesregierung wird jedoch, im Gegensatz zur bisherigen Politik der CDU-Landesregierung, die Friedens- und Entspannungspolitik aktiv fortsetzen.

Klare Unterstützung
der Friedenspolitik

- 7.2.1 Die SPD wird die von der politischen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft verfolgte Politik der Entspannung klar unterstützen. Dies gilt für die Fortführung der "Ostpolitik" ebenso, wie für die moralische und humanitäre Unterstützung der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika oder die ausgleichende Position im Nahen Osten.

Die SPD wird sich weder durch Pessimisten oder Demagogen im eigenen Land, noch durch entspannungsfeindliche Kräfte in anderen Ländern beirren lassen. Deutschland liegt im Schnittpunkt der Ost-West-Gegensätze. Spannung wird immer auf unserem Rücken ausgetragen, am Frieden haben wir das stärkste Interesse.

Das machen wir anders:

Entscheidungen
in der Abrüstung
unterstützen

7.2.2 Die SPD wird der wachsenden Bedeutung der Abrüstung konkret Rechnung tragen. Hierzu wird es nicht mehr genügen, Grundsätze zu bekräftigen. Es wird darauf ankommen, durch tatsächliche Entscheidungen Rüstungskontrolle und Abrüstung zu fördern. Eine SPD-geführte Landesregierung wird dies unterstützen.

Menschenrechte
als Hilfe für den
einzelnen Menschen

7.2.3 Die SPD wird Menschenrechtsfragen weltweit so behandeln, daß den Menschen im einzelnen geholfen wird. Die SPD lehnt eine polemische Diskussion der Menschenrechte, die allein zu innenpolitischen Zwecken veranstaltet wird, ab. Wir wollen helfen und nicht uns in Positur setzen.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird ein konstruktiver Partner der Regierung Helmut Schmidt sein.



Bibliothek der FES



1124234

Herausgeber : Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Rheinland-Pfalz
Telefon (0 61 31) 67 60 31, Josefsstraße 43, 6500 Mainz 1